E&W

Erziehung & Wissenschaft 10/2019

Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

GEW

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Foto: Markus Rock

GERHARD DE HAAN

Die Zeit drängt

Klimawandel, Verlust an Biodiversität, Armut, globale wie nationale soziale Ungleichheit, Plastikmüll in den Weltmeeren sind nur einige Schlagworte der großen Krisen, denen sich die Weltgemeinschaft gegenübersieht. Mit den Sustainable Development Goals (SDGs) haben sich die Vereinten Nationen 2015 darauf verständigt, dass man diese Probleme gemeinschaftlich angehen will – mit deutlichen Fortschritten bis 2030. Unter den 17 großen Zielen, die in den SDGs festgehalten sind, ist sehr prominent nach der Bekämpfung von Hunger, Armut und der Gesundheitsförderung an vierter Stelle das Ziel formuliert, qualitativ hochwertige Bildung für alle Menschen zu fördern. Wenn man darunter versteht, dass möglichst viele einen möglichst hohen Bildungsabschluss machen, dann ist Deutschland unter den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union recht gut aufgestellt.

Nun wissen wir aber: Höhere Bildungsabschlüsse gehen nicht automatisch mit nachhaltiger Entwicklung einher – im Gegenteil: Wer die höchsten Bildungsabschlüsse besitzt, verbraucht auch mehr Ressourcen als der Durchschnitt. Das ist leicht zu erklären: Höhere Bildungsabschlüsse führen in der Regel zu höheren Einkünften – und diese wiederum führen zu mehr Fernreisen, größeren Ansprüchen an den Wohnraum oder die Mobilität.

Daher ist es nur konsequent, wenn es in Kapitel 4 zur qualitativ hochwertigen Bildung heißt, dass bis 2030 alle (!) befähigt werden müssen, im Sinne der Nachhaltigkeit handeln zu können. Es reicht nicht, wenn man auf Politik und Wirtschaft verweist oder auf technische Innovationen hofft. Nur wenn das Bewusstsein für die Probleme geschärft, das Interesse an nachhaltiger Entwicklung geweckt, sinnvolle technologische Innovationen nicht nur diskutiert, sondern auch genutzt werden, wird sich etwas fundamental ändern.

International versucht man, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) derzeit durch die UNESCO mit einem Weltaktionsprogramm voranzubringen. Deutschland hat sich dieser Aktivität angeschlossen und einen Nationalen Aktionsplan zu BNE verabschiedet (s. S. 12 f.). Das ist ein Meilenstein, weil man nun Strukturen schaffen will, die BNE in allen Bildungsbereichen von der Kita bis zur Erwachsenenbildung zu verankern.

Wie stehen wir heute da? Neuere schulische Rahmenpläne nehmen das Thema endlich auf. Auch etliche Bildungspläne der Kitas haben BNE auf die Agenda gesetzt. Weniger deutlich ist BNE in der beruflichen Bildung verankert, in den Hochschulen kommt sie in der Ausbildung der Lehrkräfte bisher zu kurz. Nun sind Strukturen das eine, die Befähigung aller das andere. Wir haben im Frühjahr 2018 im Rahmen des nationalen BNE-Monitorings in einer Onlinestudie rund 2.500 14- bis 24-Jährige und etwa 500 Lehrkräfte befragt. Mehr als ein Drittel der Schülerinnen und Schüler gab an, dem Thema Nachhaltigkeit in der Schule noch nicht begegnet zu sein, bei den Auszubildenden und Studierenden waren es sogar über 50 Prozent. Es wird Zeit, dass die jungen Menschen auf die Frage, woher sie ihr Wissen, ihre Urteils- und Handlungskompetenz für eine nachhaltige Entwicklung haben, nicht mehr zuallererst die Massenmedien nennen, sondern die Schule. Damit dies möglich wird, braucht BNE mehr Raum und Zeit. Doch das allein reicht nicht: Den Lehrkräften fehlen oft die fachliche Kompetenz und eine curriculare Absicherung. Viele Möglichkeiten, sich weiterzubilden, sind daher ebenso notwendig wie eine systematische Ausbildung aller Lehrkräfte in Sachen Nachhaltigkeit. Denn: 70 Prozent der Lehramtsstudierenden sind diesem Thema nie begegnet. Es wird also Zeit – bis 2030 haben wir nur noch gut zehn Jahre.

Prof. Gerhard de Haan,
wissenschaftlicher Berater des Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung und Leiter des Instituts Futur an der Freien Universität Berlin

Inhalt

Gastkommentar
Die Zeit drängt — Seite 2

Impressum — Seite 3

Auf einen Blick — Seite 4

Prämie des Monats — Seite 5

Schwerpunkt: Bildung für nachhaltige Entwicklung
1. Praxisnaher Unterricht in Berliner Schule: 500 Lux mit sieben Jahren Garantie — Seite 6
2. GEW-Kommentar: Ökologische und soziale Ziele verbinden — Seite 10
3. BNE in Lehrplänen und Schulunterricht: Viel guter Wille, wenig Fortschritte — Seite 12
4. Nachhaltige Schularchitektur: High-Tech und Regenwasser — Seite 14
5. Umwelterziehung in der Kita: CO_2 und Photosynthese — Seite 16
6. Wie kann Nachhaltigkeit erprobt und umgesetzt werden: Forschung for Future? — Seite 18
7. „Pädagogen for Future“ unterstützen „die Fridays“: Habt keine Angst! — Seite 20

Weiterbildung
„Nationale Weiterbildungsstrategie“: Ein wichtiger Baustein — Seite 22

Dialog: Zeitschrift für Seniorinnen und Senioren — Seite 23

Internationales
1. GEW-Kommentar: Weltweit Solidarität erleben — Seite 27
2. BI-Kongress: „Haltung zeigen und auf Gerechtigkeit bestehen“ — Seite 28

Hintergrund: Eine Schule für alle
1. 100 Jahre Grundschule: Grundlage einer funktionierenden Demokratie — Seite 30
2. 50 Jahre Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule: Schule der Zukunft — Seite 32

Schule
1. Interview mit Wieland Wermke: Zuviel Autonomie kann schädlich sein — Seite 34
2. Immer die beste Schulwahl?: Ade Gymnasium! — Seite 40

Gesellschaftspolitik
1. Diskussion um die Impfpflicht: Ja zur Spritze, nein zur Pflicht — Seite 36
2. Preisgekröntes Chemnitzer „Comparti“-Projekt: „Demokraten gesucht!“ — Seite 38

Länderserie Digitalisierung
Serienauftakt zur Umsetzung des Digitalpakts: Primat des Pädagogischen — Seite 41

fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit
Weltweiter Hunger: Ein tägliches Massaker — Seite 42

Leserforum — Seite 43

Diesmal — Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 71. Jg.

Herausgeberin:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redaktion: Jürgen Amendt
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
katja.wenzel@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel
der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.
Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung und Wissenschaft“ auch auszugweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Die E&W finden Sie als PDF auf der GEW-Website unter:
www.gew.de/eundw.
Hier wird die E&W auch archiviert.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Heddernheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 01.01.2019,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

Türkei: Wissenschaftler freigesprochen

Türkische Gerichte haben mehr als 1.200 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler freigesprochen, die wegen Terrorismus angeklagt waren, nur weil sie 2016 die „Academics for Peace"-Petition unterzeichnet hatten. Diese forderte, die Gewalt in den türkischen Kurdenregionen zu beenden. Einige Wissenschaftler wandten sich an das türkische Verfassungsgericht. Dieses entschied Ende Juli 2019, dass die Unterzeichnung der Petition nicht strafbar sei. Nun hat ein Gericht in Istanbul alle Anklagen und Urteile aufgehoben.

Neben der veränderten innenpolitischen Lage in der Türkei nach den Kommunalwahlen ist dies auch der internationalen Solidarität der GEW und anderer Bildungsgewerkschaften zu verdanken. Vor allem aber ist es ein Erfolg der türkischen Kolleginnen und Kollegen, die Mut und Ausdauer bewiesen haben.

Doch der Kampf geht weiter. „Die Urteile müssen nun umgesetzt und die Kolleginnen und Kollegen rehabilitiert und entschädigt werden", fordert der stellvertretende GEW-Vorsitzende Andreas Keller. „Die meisten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wurden nicht nur strafrechtlich belangt, sondern auch von ihren Hochschulen entlassen, einige ins Gefängnis gesperrt, viele sind ins Ausland geflohen – rund hundert allein nach Deutschland."

Da war mehr drin!

Kürzungen im Etat für Bildung und Forschung im Bundeshaushalt 2020, eine BAföG-Reform, die nach wie vor den Bedarf von Studierenden nicht ausreichend deckt – auf ihrer Aktivenkonferenz „Hochschule 2030" Mitte September im brandenburgischen Erkner zog die GEW eine kritische Halbzeitbilanz der Wissenschaftspolitik von Bundestag und -regierung.

Foto: Kay Herschelmann

Während der GEW-Aktivenkonferenz „Hochschule 2030" zogen die Kolleginnen und Kollegen eine kritische Halbzeitbilanz der Wissenschaftspolitik der Bundesregierung.

Die von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) vorgesehene Kürzung des Etats für Bildung und Forschung im Haushalt 2020 war eines der am hitzigsten diskutierten Themen. Der Hochschulexperte der GEW, Andreas Keller, kritisierte: „Wäre nicht mehr für die BAföG-Reform oder die Hochschulpakt-Nachfolge drin gewesen?"

Sowohl Wiebke Esdar (SPD) für die Große Koalition als auch die Vertreterinnen und Vertreter der Opposition räumten ein, dass Studium und Lehre eine bessere Finanzierung verdient hätten. „Unverständlich, dass viele Projekte zur Verbesserung der Qualität der Lehre jetzt abgewickelt werden müssen", kritisierte Kai Gehring (Bündnis 90/Die Grünen) „Wir brauchen eine bessere Grundfinanzierung der Hochschulen", forderte Petra Sitte (Die Linke). Martin Neumann (FDP) prangerte die stiefmütterliche Behandlung der Fachhochschulen in den Bund-Länder-Programmen an. Esdar mahnte, dass nun die Länder bei der Umsetzung der Pakte für mehr Dauerstellen sorgen müssten.

Anm. d. Red.: In der November-Ausgabe der E&W folgt ein ausführlicher Bericht über die Konferenz.

Planetenrettung und digitale Schulen

Ist der Planet noch zu retten, wer hilft bei seltenen Krankheiten, und wie digital ist das Klassenzimmer? Auf diese drei Fragen geben in der aktuellen Ausgabe des +3 Magazins der Süddeutschen Zeitung Prominente, Expertinnen und Experten sowie Leserinnen und Leser Antworten. Dass die Digitalisierung im Bildungswesen zurzeit fehlschlage, meint etwa der Bildungsunternehmer und Mathe-Youtuber Daniel Jung. „Es reicht nicht, vorhandene Schulbücher einfach zu digitalisieren, die dann in der Schule auf Tablets bearbeitet werden", kritisiert Jung, der durch seine Lernvideos im Netz Bekanntheit vor allem bei Schülerinnen und Schülern erlangt hat. Jung schlägt vor, dass Schüler gemeinsam mit ihren Lehrkräften ein eigenes Erklärvideo drehen und online für andere Kinder und Jugendliche zur Verfügung stellen. „Dann wären das Erfolgsgefühl und damit auch der Lernerfolg garantiert."

Die Schulexpertin der GEW, Ilka Hoffmann, widerspricht der weit verbreiteten Meinung, dass Lehrkräfte der Digitalisierung skeptisch gegenüberstünden. Bei einer repräsentativen Mitgliederbefragung der GEW hätten 82 Prozent eine bessere digitale Ausstattung der Schulen als wichtig beziehungsweise sehr wichtig bezeichnet. Sinnvoll sei der Einsatz digitaler Medien aber nur, wenn er innerhalb eines guten Unterrichtskonzepts mit dem Primat der Pädagogik stattfinde. Dafür brauchten die Schulen Zeit und die Lehrkräfte Unterstützung durch schulinterne Fortbildungen. Beides fehle häufig, kritisiert Hoffmann.

Das seit sieben Jahren existierende Magazin versteht sich als Debatten-Medium, das Leserinnen und Leser in den Diskurs mit Experten und Prominenten bringen soll. Die jeweils drei Fragen pro Ausgabe gehen auf Vorschläge der Leserinnen und Leser zurück. Das monatlich erscheinende Magazin hat laut Verlagsangaben eine Auflage von 300.000 Exemplaren.

www.plus-drei.de und www.gew.de/ih-plusdrei-digilernen

Frankfurter Appell

Bundesweit wächst die Kinder- und Jugendhilfe. Es werden immer mehr gut qualifizierte Menschen gebraucht. Das hat eine Diskussion über die Quantität und die Qualität sozialpädagogischer Fachkräfte entfacht. Ein entscheidender Faktor für die Sicherung der Qualität und der Quantität ist in diesem Zusammenhang die Qualifikation des Lehrpersonals an den Fachschulen und -akademien. Die Ausbildungszahlen an den Fachschulen und -akademien haben sich von rund 55.000 im Jahr 2008 auf knapp 100.000 in 2015 nahezu verdoppelt. Die Zahl der ausgebildeten Fachkräfte konnte mit dieser Entwicklung jedoch nicht Schritt halten, kritisiert die Bundesarbeitsgemeinschaft öffentlicher und freier Ausbildungsstätten für Erzieherinnen und Erzieher (BöfAE). In ihrem „Frankfurter Appell 2019" fordert die BöfAE daher unter anderen einen flächendeckenden Ausbau neuer Standorte des Studiengangs „Sozialpädagogik mit beruflicher Fachrichtung", eine Erhöhung der Studienplätze in den bestehenden Studiengängen sowie eine Verbesserung der Rahmenbedingungen bei der Ausbildung von Seiten- und Quereinsteigern.

bit.ly/ffm-appell2019-pdf

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie eine Bluetooth-Box.*

Prämie des Monats Oktober:

Bluetooth-Box

Der kleine, kabellose Lautsprecher wartet mit sattem Sound und kraftvollem Bass auf. Und bis zu 16 Stunden Akku-Laufzeit sorgen für langes Hörvergnügen unterwegs.

Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!

Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon Fax

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämie des Monats Oktober 2019/Bluetooth-Box

500 Lux mit sieben Jahren Garantie

// Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) soll Menschen zu zukunftsfähigem Handeln befähigen. Was liegt da näher, als den ökologischen Fußabdruck der eigenen Schule zu verkleinern? Ein Besuch in Berlin. //

„Wissen ist Macht“ haben Schülerinnen und Schüler des Robert-Havemann-Gymnasiums an die Fassade gesprüht – und das gilt auch für das Ziel, das sich der Physik-Kurs von Christian Strube gesetzt hat: Bei der Suche nach Alternativen zu den alten 60-Watt-Leuchtstoffröhren in ihrem Raum haben sie verschiedene Lichtquellen auf Leuchtkraft, Lebensdauer und Lichtqualität geprüft. Dabei erwiesen sich die billigsten LED-Leuchten als wenig günstig: „Wir haben gemessen, dass nach 5.000 Stunden nur noch 60 Pro-

Schüler des Robert-Havemann-Gymnasiums in Berlin messen im Physikunterricht die Beleuchtungsstärke auf den Tischoberflächen mithilfe der Smartphone-App Phyphox.

zent Leuchtkraft übrig sind“, erklärt Strube, „für einen Klassenraum, in dem 500 Lux vorgeschrieben sind, ist das zu wenig.“ Zudem flackern die Röhren, für die Augen kaum wahrzunehmen, für das Hirn dennoch anstrengend. Der Kurs entschied sich – unterstützt durch ein Klimaschutz-Projekt der Senatsumweltverwaltung – für nachhaltigere, aber teurere LED-Röhren mit sieben Jahren Garantie. Heute werden diese von Hausmeister Michael Weihrauch angebracht. Zuvor messen die Schülerinnen und Schüler mithilfe einer an der RWTH Aachen für physikalische Experimente entwickelten App, wieviel Lux die alten Röhren noch hergeben; und rechnen aus, was sie künftig durch die neuen Röhren an Euro und CO_2 einsparen.

Bildung für nachhaltige Entwicklung kann viele Formen und sich einer Vielzahl von Themen annehmen. Die UNESCO, die das Thema seit Beginn des Jahrtausends mit einer UN-Dekade, weltweiten sowie nationalen Aktionsplänen, Plattformen und Projekten voranbringt, spricht von einer Bildung, die Menschen „zu zukunftsfähigem Denken und Handeln befähigt“ und so ermöglicht, „die Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Welt zu verstehen und verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen“. In Deutschland sind unter dieser Prämisse eine Reihe Titel entstanden, in denen die Bundesländer BNE – mehr oder weniger tief (s. S. 12 f.) – in Curricula und Rahmenlehrplänen verankert haben. Ebenso können sich Schulen an einer Reihe von Siegeln, Zertifikaten und Wettbewerben beteiligen, die ein Netzwerk, den Zugang zu Materialien, Beratung und Geld oder Kombinationen dessen bieten. Es gibt Klima- und Umweltschulen, UNESCO-Schulen, Faire und Fairtrade-Schulen.

„Köpfchen statt Kohle“

Das Havemann-Gymnasium wurde jüngst bereits zum sechsten Mal als „Berliner Klimaschule“ ausgezeichnet. Zwischen Lernwerkstatt Energie und Solarlabor zeugt eine Wand voller weiterer Urkunden von den Erfolgen der Schule. „Wir machen immer mit“, erklärt Strube, „vieles können wir uns nur leisten, weil wir an Programmen und Wettbewerben teilnehmen.“ Für vier spezielle Energielernlabors und -räume sowie eine Wind-, Solar- und Biogasanlage auf dem Dach gilt das ebenso wie für die neuen LED-Lampen und bereits länger installierte CO_2-Messgeräte. Letztere zeigen in etwa einem Drittel der Räume an, ob wieder einmal stoßgelüftet werden sollte.

Wie wenig Energiesparen im Regelbetrieb angekommen ist, macht die Anekdote deutlich, die 2013 den Anstoß für das Engagement gab: Nach einem Umbau fiel eher zufällig auf, dass das Licht in den mehreren Hundert Metern Flur Tag und Nacht brannte; ausstellen konnte es nur der Hausmeister am Sicherungskasten. Versuche, das Bezirksamt zu mobilisieren, schlugen zunächst fehl. „Das ist ja auch nicht so einfach“, konstatiert Strube, „für Schulisches ist die Schulstadträtin zuständig, für Bauliches der Baustadtrat. Und für die Umsetzung muss das Hochbauamt an den Tisch. Aktuell plant das Hochbauamt zwölf Schulen gleichzeitig. Und dann kommen noch Lehrer, die sagen: Dies und das funktioniert nicht.“ Auch hier half ein außerschulisches Projekt namens „Köpfchen statt Kohle“ bei der Vermittlung eines Termins und unterstützte ein erstes Energiebildungsprojekt – die Ausbildung von Schülerinnen und Schülern zu Energiemanagern. Inzwischen, ergänzt Strube, sei der Draht zum Bezirksamt „erfreulich kurz“. Und außer den Schülern ziehen die Schulleitung und der Hausmeister mit: „Wenn der nicht dabei ist, können Sie das vergessen“, sagt Strube.

Fotos: Rolf Schulten

Hier ist nicht nur sprichwörtlich alles im grünen Bereich. Ein CO_2-Monitor im Physikraum zeigt die Kohlendioxid-Konzentration (PPM), die Temperatur und die Luftfeuchtigkeit (RH) an.

„Köpfchen statt Kohle“, das über acht Jahre Schulen in den Berliner Bezirken Pankow und Lichtenberg beim Energiesparen begleitete, lief allerdings 2018 aus. Arbeitslehre-Lehrer Lutz Prill, der in der mit Projektgeldern eingerichteten Energiewerkstatt am Havemann-Gymnasium schon Grundschülerinnen und -schüler an das Thema heranführt, sagt, damit falle wichtige Unterstützung weg: „Wir bauen zum Beispiel

Fotos: Rolf Schulten

Lutz Prill, Arbeitslehre-Lehrer am Robert-Havemann-Gymnasium, führt schon Grundschülerinnen und -schüler an das Thema nachhaltige Entwicklung heran.

mit den Kindern solarbetriebene Mikroventilatoren, die sie mit nach Hause nehmen können. Ohne das Projekt müssen wir die Lehrkräfte bitten, von jedem Kind fünf Euro einzusammeln. Das macht es für alle Beteiligten komplizierter."

Dreistufiges Kompetenzmodell

Der Berliner Rahmenlehrplan unterstützt das Engagement im Grunde. Seit 2017 ist „Nachhaltige Entwicklung/ Lernen in globalen Zusammenhängen" als Querschnittsaufgabe festgeschrieben. „Das ist gut", sagt Strube, „jonglieren müssen wir dennoch: Den Physik-Lehrplan, der mit G8 noch einmal straffer geworden ist, müssen wir auch erfüllen. Nicht immer passt das gut zusammen." Harry Funk, der in der Senatsschulverwaltung Klimabildung und BNE mitverantwortet, sagt, Berlin habe mit dem Rahmenlehrplan eine Vorreiterrolle übernommen, die Schulstruktur im Sinne von BNE zu verändern: „Die Schulen sind erstmals gefordert, in ihren schulinternen Curricula festzuhalten, wann und wie sie sich dem Thema widmen." Immer mehr fänden seither Wege, einen Gesamtansatz in ihre Schulentwicklung zu integrieren. Funk: „Dennoch kann es für Schulen richtig sein, zunächst mit einzelnen Projekten zu starten – aus denen später ein Gesamtkonzept entstehen kann. Das erleben wir immer wieder." Auf dem Weg dorthin sei das Mitmachen bei einschlägigen Programmen hilfreich, die außerdem häufig – so etwa die Umweltschulen in Europa – ebenfalls auf schulweite und nicht nur projektweise Verankerung setzten. Große Bedeutung in dem weiten Feld BNE hätten zudem außerschulische Kooperationspartner.

„Bildung für nachhaltige Entwicklung basiert auf einem dreistufigen Kompetenzmodell: erkennen, bewerten, handeln. Mit reiner Wissensvermittlung ist es nicht getan." Deswegen sei es wichtig, von schulinternen Projekten über die Kultusministerien bis zur nationalen und der UN-Ebene „an ganz vielen Rädern zu drehen". Das erklärt Nicola Fürst-Schuhmacher, Leiterin der Abteilung Schulische Bildung bei Engagement Global. Die Servicestelle wurde 2012 als zentrale Ansprechpartnerin für entwicklungspolitisches Engagement gegründet; Auftraggeberin ist die Bundesregierung, das Geld kommt vom Bundesentwicklungsministerium (BMZ). 150 der 600 Beschäftigten befassen sich mit Fragen von BNE in Bildungseinrichtungen.

Wer sich allerdings von außen kommend dem Thema widmet, dem schwirrt schnell der Kopf – nicht nur vor Wettbewerben, sondern auch vor Papieren: Es gibt einen vom Bundesbildungsministerium (BMBF) herausgegebenen Nationalen Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung*, einen Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung im

Der Berliner Rahmenlehrplan unterstützt das Vorhaben, Bildung für nachhaltige Entwicklung im Unterricht umzusetzen. „Jonglieren müssen wir dennoch", meint Christian Strube, der am Robert-Havemann-Gymnasium Physik unterrichtet. „Den Physik-Lehrplan, der mit G8 noch einmal straffer geworden ist, müssen wir auch erfüllen. Nicht immer passt das gut zusammen."

Rahmen einer Bildung für Nachhaltige Entwicklung** (KMK, BMZ), beide basierend auf Material der Vereinten Nationen und der UNESCO. Hinzu kommen Leitperspektiven, Strategien und Rahmenlehrpläne in den Bundesländern. Achim Beule, der als – inzwischen ehemaliger – Berichterstatter der Kultusministerkonferenz (KMK) für BNE den Orientierungsrahmen federführend mit betreute, sagt: „Nicht jede Lehrkraft muss die Dokumente im Detail gelesen haben. Doch jedes hat jene gestärkt, die sich in Bildungsverwaltungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen für das Thema einsetzen – nach dem Motto: ‚Schaut, wir müssen etwas machen'." In Baden-Württemberg, wo Beule im Kultusministerium als Fachreferent für das Bildungskonzept BNE zuständig ist, wurde BNE im 2016er-Bildungsplan als allgemeine Leitperspektive in fast allen Fächern festgeschrieben.

Nicht nur Wissensvermittlung

Zuletzt machten Entwicklungen in der Lehrkräftebildung Mut – etwa die Verankerung von BNE als Querschnittsaufgabe in der ersten Phase der Lehrkräftebildung sowie Seminare für die Aus- und Fortbildung in der zweiten Phase der Ausbildung. „Bildung für nachhaltige Entwicklung ist kein schnuckeliges Beiwerk mehr", konstatiert Beule. Auch die Fridays-for-Future-Bewegung bewirke Positives: „Diese motiviert nicht nur Schülerinnen und Schüler, sondern auch Lehrkräfte und Ministerien, sich noch intensiver mit Themen einer nachhaltigen Entwicklung auseinanderzusetzen."

Motiviert hat das Engagement von Schülerinnen und Schülern auch Erik Harloff. Vor der Gesamtkonferenz seines Berliner Gymnasiums hielt der Informatiklehrer zu Schuljahresbeginn angesichts der „Schieflagen auf der Welt bei Klima und Umwelt" ein deutliches Plädoyer für mehr Zusammenarbeit. Über den Sommer gründete Harloff das Netzwerk „Schools For Future". Die Idee: An möglichst vielen Schulen sollen Teams entstehen, die sowohl die außerschulischen Fridays-for-Future-Aktivitäten stärken wie auch innerschulisch wirken. Via Netzwerk-Website*** soll über einzelne Projekte informiert werden. Insgesamt, bilanziert er, könnten die „gesellschaftlichen Epizentren Schulen" noch deutlich mehr bewirken. Wie die protestierenden Schülerinnen und Schüler glaubt auch Harloff, es sei „allerhöchste Eisenbahn", von der „ganz normalen Behäbigkeit" im Schulalltag Abstand zu nehmen: „Viel Zeit bleibt uns nicht." Wem das zu alarmistisch klingt: Die Deutsche UNESCO-Kommission sieht das übrigens ganz ähnlich. In deren „Mannheimer Appell" von Juni dieses Jahres steht als oberster Satz: „Die bisherigen Anstrengungen, die Entwicklung der Welt nachhaltiger zu gestalten, reichen bei weitem nicht aus."

Jeannette Goddar,
freie Journalistin

*bit.ly/bmbf-aktionsplan-bne
**bit.ly/kmk-orientierung-bne-pdf
***www.schoolsforfuture.net

Siegel, Preise, Wettbewerbe:

Wettbewerb Berliner Klimaschulen (nur Berlin): Der jährliche Wettbewerb würdigt innerschulische Aktivitäten zum Klimaschutz: www.berliner-klimaschulen.de

Siegel Berliner Klima Schule: Im Rahmen des Programms „Klimaschutz am Schulstandort" – zu dem auch obiger Wettbewerb gehört – verleiht die Senatsbildungsverwaltung jährlich das „Gütesiegel Berliner Klima Schule". Kontakt: Harry.Funk@senbjf.berlin.de

Umweltschulen in Europa/Internationale Agenda-21-Schulen: Internationales Netzwerk von Schulen, die sich in mindestens zwei BNE-Feldern auf den Weg gemacht haben: www.umwelterziehung.de/projekte/umweltschule

UNESCO-Projektschulen: Weltweites Netzwerk mit dem Schwerpunkt internationale Verständigung und Zusammenarbeit. Die Aufnahme erfolgt in drei Stufen – von der interessierten über die mitarbeitende bis zur UNESCO-Projektschule: bit.ly/unesco-projektschule-werden

Faire Schulen (Berlin, Brandenburg, Hamburg, andere Länder auf Anfrage): Schulen mit Globalem Lernen im Schulprogramm und mehreren Aktivitäten können sich auszeichnen und begleiten lassen: www.faire-schule.eu

Fairtrade-Schools: Die Kampagne will fairen Handel im Schulalltag verankern und ein Bewusstsein für nachhaltige Entwicklung schaffen. Die Schulen müssen fünf Kriterien erfüllen: www.fairtrade-schools.de

Aktionsgruppenprogramm (AGP): Mit bis zu 2.000 Euro unterstützt das AGP des Bundesentwicklungsministeriums Kitas, Schulen und Initiativen, die ihr Wissen über Zusammenhänge der Einen Welt vertiefen und vermitteln: www.engagement-global.de/agp-aktionsgruppenprogramm.html

Schulwettbewerb zur Entwicklungspolitik: Dieser findet alle zwei Jahre statt und richtet sich an Schülerinnen und Schüler aller Klassen und Fächer. Aktuelles Motto: „Meine, deine, unsere Zukunft?! Lokales Handeln – globales Mitbestimmen": www.eineweltfueralle.de. Begleitender Song Contest: www.eineweltsong.de

BNE-Bildungsinitiativen: Das Bundesbildungsministerium und die Deutsche UNESCO-Kommission zeichnen Kommunen, Lernorte und Netzwerke aus, die BNE vorbildlich umsetzen: bit.ly/bne-auszeichnungen-wer J. G.

Foto: Kay Herschelmann

ILKA HOFFMANN

Ökologische und soziale Ziele verbinden

Klimademonstrationen, Fridays for Future, brennende Regenwälder: Die Zukunft unseres Planeten ist in den medialen Fokus gerückt. Es ist gut, dass das Thema nun endlich mehr Aufmerksamkeit erfährt und junge Menschen sich dafür engagieren. Bedauerlich ist es allerdings, dass das 2015 gestartete Weltaktionsprogramm „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE), das BNE in den Bildungseinrichtungen strukturell verankern will, eher zögerlich von den Bildungsministerien und Schulen angepackt wird. Den unter Federführung des Bundesbildungsministeriums entwickelten Nationalen Aktionsplan BNE hat die Kultusministerkonferenz wenig unterstützt. Auch im öffentlichen Bewusstsein spielt BNE kaum eine Rolle.
BNE sieht den Klimaschutz in einem Gesamtzusammenhang, der ökologische und soziale Ziele verbindet. Die GEW hat diesen Prozess von Anfang an unterstützt. Neben der Mitarbeit am Nationalen Aktionsplan hat sie gemeinsam mit anderen Nichtregierungsorganisationen wie Greenpeace und der Welthungerhilfe das „Bündnis Zukunftsbildung“ gegründet. Dieses hat sich zum Ziel gesetzt, gemeinsam darauf hinzuwirken, dass Nachhaltigkeit als Gesamtkonzept in die Bildungspolitik integriert wird. Wie dies gelingen kann, zeigt das „Bündnis Zukunftsbildung“ in einer zusammen mit der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft entwickelten Studie. Die Analyse „Warum redet niemand über Geld?“ macht auch Vorschläge zur Finanzierung von BNE an Schulen.
BNE ist ein Teil der UN-Entwicklungsziele (SDGs). Die SDGs verbinden Ziele wie die Bekämpfung der Armut, Bildungsgerechtigkeit, Demokratie und Frieden mit ökologischen Fragestellungen. Dabei können die einzelnen Ziele durchaus in Konflikt miteinander stehen. So kann ein einseitig technologischer und fiskalischer Klimaschutz in Konflikt mit den Themen soziale Gerechtigkeit und Naturschutz geraten. Das Konzept der „Nachhaltigkeit“ ist die geeignete Grundlage, um die richtige Balance der Einzelziele herzustellen.
So zeigt Bildung für nachhaltige Entwicklung den Institutionen, den Lehrenden und Lernenden Möglichkeiten auf, die Schule und alle anderen Bildungseinrichtungen sowie das eigene Leben im Sinne der Nachhaltigkeitsziele zu verändern. Es geht nicht nur darum, Politik zu bewerten und zu beeinflussen, Ziel ist auch, das eigene Handeln so zu gestalten, dass die Erde für künftige Generationen ein lebenswerter Ort bleibt. Nachhaltiger und fairer Konsum, naturschonende Mobilität, Klima- und Artenschutz gehören ebenso ins Curriculum wie die Themen Armut und Kinderarbeit.
Wichtig ist auch die Entwicklung einer gerechten, toleranten und inklusiven Gesellschaft. Diese kann nur auf der gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen fußen. Die UN spricht deshalb in ihrem vierten Entwicklungsziel von „einer inklusiven, chancengerechten und hochwertigen Bildung“. Viele Bildungseinrichtungen setzen die Nachhaltigkeitsziele bereits mit hohem Engagement um. Nicht immer erhalten sie die notwendige Unterstützung dafür. Hier sind die Bildungsministerien gefordert, BNE stärker im Gesamtsystem zu verankern – durch Bildungspläne und entsprechende unterstützende Strukturen.
Bildung für nachhaltige Entwicklung ist – betrachtet man den Zustand unserer Welt – das zentrale Zukunftskonzept. Wir müssen es jetzt umsetzen!

Ilka Hofmann,
GEW-Vorstandsmitglied Schule

bit.ly/unesco-bildung-sdg

Diese Wiese ist kein Lebensraum

SO WIE ÜBER 90 % DER WIESEN IN DEUTSCHLAND

Foto: stock.adobe.com/neropha

Statt bunter Blumenwiesen bestimmen Hochertragswiesen das Bild unserer Landschaft. Aber dieses Grün ist ökologisch wertlos. Durch intensive Düngung und häufige Mahd verschwinden die Pflanzenvielfalt und mit ihr die heimischen Wildtiere.

„Um das Artenleben wie das Artensterben verständlich zu machen, dreht Jan Haft eine eindrucksvolle Bilderschau, er zeigt vieles ganz nah, vieles in Zeitlupe. Man schaut danach sofort aufmerksamer in die Umgebung – und hört der aktuellen Naturschutz-Debatte besser zu.“ ***Süddeutsche Zeitung***

DIE WIESE – Ein Paradies nebenan

Im Programm der SchulKinoWochen: VISION Kino · Herbst 2019 und Frühjahr 2020
Länder-Termine und beteiligte Kinos auf www.visionkino.de/schulkinowochen.
Wenn Gratis-Tickets für sozial benachteiligte Kinder benötigt werden, wenden Sie sich bitte an Susanne Haumann von der Deutschen Wildtier Stiftung. S.Haumann@DeutscheWildtierStiftung.de

UNTERICHTSMATERIAL

- Für die schulische Bildung ab 6 Jahren/1. Klasse und für weiterführende Schulen ab der 8. Klasse.
- Für die Unterrichtsfächer Heimat- und Sachkundeunterricht, Werken, Biologie, Wirtschaft, Sozialkunde, Medienbildung www.diewiese-derfilm.de/schulmaterial

RETTET DIE WIESEN

Die Deutsche Wildtier Stiftung bietet an:
- Website Wildtierfreund www.Wildtierfreund.de
- Online Steckbriefe zu den wichtigsten heimischen Wildtieren www.DeutscheWildtierStiftung.de
- Kostenlose Ratgeber und Experten-Broschüren zum Thema Wiesen www.DeutscheWildtierStiftung.de/publikationen

DEUTSCHE WILDTIER STIFTUNG

Viel guter Wille, wenig Fortschritte

// Der Nationale Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) verspricht, das Thema stärker in den Lehrplänen und im schulischen Unterricht zu verankern. Doch kann er dieses Versprechen auch einlösen? //

Eine Studie der Leuphana Universität Lüneburg* kam 2015 zu einem zwiespältigen Ergebnis. Die Umfrage hatte seinerzeit gezeigt, dass zwar 71 Prozent der Schülerinnen und Schüler im Unterricht von Nachhaltigkeit gehört hatten – deutlich mehr als noch drei Jahre zuvor –, dies aber vor allem dem Engagement einzelner Menschen und Institutionen zu verdanken war und nicht aus einem Bildungskonzept resultierte. Seitdem hat Deutschland einen wichtigen Schritt bei der Integration des Themas gemacht: Mit dem „Nationalen Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung“, urteilt Thomas Hohn von Greenpeace, liege nun erstmals ein bundesweites Handlungskonzept vor. 2017 beschlossen umreißt der Aktionsplan die Ziele und Aufgaben in allen Bereichen der Bildung.

Zum Erfolg beigetragen hat das „Bündnis ZukunftsBildung“. Ihm gehört auch die GEW an. Zu einem Selbstläufer wurde BNE mit dem Aktionsplan nicht. „Wir befinden uns auf halber Strecke“, bilanziert Hohn. Immerhin: Im Februar vergangenen Jahres verabredeten Vertreterinnen und Vertreter des Fachforums Schule, der Plattform und der Ministerien, sich regelmäßig im Schulausschuss der Kultusministerkonferenz (KMK) über den Stand der Umsetzung auszutauschen. ZukunftsBildung beziffert die Investitionen zur Umsetzung des Aktionsplans bis 2030 auf knapp 14 Milliarden Euro.

Foto: mauritius images/Urban Zone/Alamy

Wissenschaftler kritisieren, dass bei der Umsetzung der BNE-Ziele in den Bildungs- und Lehrplänen der Bundesländer eine klare Linie fehlt. In den Grundschulen sei BNE relativ leicht in den Unterricht zu integrieren. Komplizierter werde es in den höheren Klassen.

Engagement allein reicht nicht

Bildungs- und Lehrpläne sind das entscheidende Element, um den neuen Ansatz strukturell in den einzelnen Fächern sowie fächerübergreifend zu verankern. „BNE muss runtergebrochen werden auf die Inhalte der einzelnen Fächer. Wo das Thema zu kompliziert erscheint, müssen wir es aufdröseln“, betont Ilka Hoffmann, bei der GEW verantwortlich für den Organisationsbereich Schule. Sie konstatiert viel guten Willen, aber wenig sichtbare Fortschritte: BNE werde zu häufig in AGs und Projektwochen abgeschoben. Qualität und Quantität hingen nach wie vor von einzelnen engagierten Lehrkräften ab.

In erster Linie müsse es bei BNE darum gehen, Kinder und Jugendliche dabei zu unterstützen, sich selbst Antworten auf die wichtigen Zukunftsfragen zu erarbeiten, gibt Ute Stoltenberg von der Universität Lüneburg zu bedenken. Das gelinge nur mit qualifizierten Lehrkräften. Ein Engagement wie für Fridays for Future sei genau das, was es im Unterricht zu erreichen gelte.

Von einem „vielfältigen Bild“ bei der Umsetzung von BNE in konkrete Lehrpläne spricht der Leiter des Fachgebiets „Didaktik der politischen Bildung“ an der Universität Kassel, Bernd Overwien. „Es ist sehr schwierig, über alle Bundesländer hinweg eine Aussage zu machen.“ Die Kultusbürokratie versuche hier und da zu lenken, es gebe aber keinen strukturierten Ansatz. In der Grundschule sei BNE relativ leicht umzusetzen. Hier kämen Aspekte aus verschiedenen Fachperspektiven im Sachunterricht quasi automatisch zusammen. Komplizierter werde es in den höheren Klassen. Overwien: „Wir müssen das Ganze als einen Prozess betrachten, dessen Umsetzung Zeit braucht.“

Eine Bestandsaufnahme** zur Verankerung von BNE in den Bildungs- und Lehrplänen für Elementar- und Primarstufe der einzelnen Bundesländer von 2016 bezeichnete die Situation als „ausbaufähig“: Nur wenige Bundesländer hätten explizit Nachhaltigkeit als Leitgedanken und/oder BNE als leitendes Bildungskonzept verankert. Nur die Bildungspläne von acht Ländern verwiesen explizit auf nachhaltige Entwicklung. Oft sei BNE zudem auf ökologische Nachhaltigkeit konzentriert. Auffällig findet die Studie, dass manche Themen durchgängig kaum vertreten seien: Armut, Frieden, soziale Verantwortung von Unternehmen.

Kritik an Schulbüchern

Kaum eine Rolle spielen der Studie zufolge die Schulen als Lernorte. Stoltenberg sieht hier zudem die Kommunen gefordert: „Wir müssen Nachhaltigkeit erfahrbar machen: ganzheitlich, partizipativ, inklusiv.“ Auch Overwien plädiert für diesen sogenannten Whole School Approach. „Es gibt viele Schulen, die sich auf den Weg gemacht haben. Es bleibt aber dem Zufall überlassen, ob sich ein Kollegium zusammenfindet, das hier an einem Strang zieht.“ Kritik gibt es auch an den Schulbüchern: Viele behandeln BNE immer noch eher zufällig. „Lehrerinnen und Lehrer greifen dann auf Publikationen zurück, die Vereine und Verbände ihnen zur Verfügung stellen“, sagt GEW-Expertin Hoffmann. Sie sieht darin einen zusätzlichen Aufwand, der vielleicht die eine oder andere Lehrkraft zurückschrecken lässt. Verbesserungen hält auch Overwien bei Schulbüchern für dringend geboten: „Oft gehen hier dieselben Bundesländer voran, die ihre Pädagogen bei der Arbeit bereits mit entsprechenden Unterrichtsmaterialien unterstützen.“
Als bisher einziges Land hat Nordrhein-Westfalen konkrete BNE-Leitlinien*** für den Bereich Schule vorgelegt: Diese sollen die Schulen „anregen und unterstützen, anhand geeigneter Themen und Fragestellungen das Wissen zu vermitteln und die Fähigkeiten zu fördern, um in einer komplexen globalen Welt zukunftsfähige Lösungen zu finden“. Die Leitlinien betonen ein kompetenzorientiertes Verständnis von BNE (unter anderem mit einer Checkliste für Lernprozesse im Unterricht), zeigen Bezüge der Lernbereiche und Fächer auf und vergessen auch eine mögliche Orientierung bei der Schulentwicklung nicht. „Bemerkenswert und nachahmenswert“, lobt Greenpeace-Bildungsexperte Hohn.
Die Achillesferse bei der Umsetzung von BNE sieht Overwien bei Lehrkräften und Schulleitungen. „Um ihre Kompetenzen zu entwickeln, muss BNE strukturell in der Aus-, Fort- und Weiterbildung verankert werden.“ Zu den Universitäten, die sich für die Integration von BNE in die Ausbildung des Lehrernachwuchses engagieren, gehört die Leuphana in Lüneburg. „Alle Studierenden, ob BWL oder Lehramt, absolvieren im ersten Semester ein gemeinsames Modul zu BNE“, sagt Stoltenberg.
Kritik hat sie an der Politik: „Während Digitalisierung gepuscht wird, fristet BNE ein Kümmerdasein.“ Ähnlich argumentiert Hoffmann. Aus ihrer Sicht engagieren sich in den Fachforen viele Kolleginnen und Kollegen aus den Ministerien für das Thema. „Es gibt aber nur wenige Verbindungen zur KMK und zur Bildungspolitik.“ Auch Greenpeace-Experte Hohn meint: „BNE, Inklusion, Digitalisierung, Infrastruktur müssen zusammen gelöst werden. BNE ist kein nice to have.“

Norbert Glaser,
freier Journalist

***Nachhaltigkeitsbarometer 2015, Leuphana Universität Lüneburg im Auftrag von Greenpeace. Zusammenfassung: bit.ly/greenp-nachhaltig2015-pdf**
****bit.ly/kleineforscher-bne-lehrplaene-pdf**
*****bit.ly/nrw-bne-leitlinie-pdf**

Nutzen Sie unsere attraktiven Sonderkonditionen

Dienstunfähigkeitsversicherung
Berufsunfähigkeitsversicherung

Sicherheit für den Fall der Dienst- oder Berufsunfähigkeit ist wichtig! Denn dieses Risiko wird oft unterschätzt. Die HUK-COBURG bietet Ihnen Sonderkonditionen bei Neuabschluss einer Dienst- oder Berufsunfähigkeitsversicherung. Damit sparen Sie über die gesamte Laufzeit bares Geld!

Sprechen Sie mit uns. Wir beraten Sie gerne auch persönlich vor Ort: Die Adressen unserer Geschäftsstellen finden Sie in Ihrem örtlichen Telefonbuch unter „HUK-COBURG“ oder unter www.HUK.de/Ansprechpartner

GEW

HUK-COBURG
Aus Tradition günstig

Bundesweit gibt es bislang 27 Schulen, Kitas und Hochschulen, die von der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) zertifiziert wurden. Unter ihnen sind die Alexander-Fleming-Schule und die Hedwig-Dohm-Schule (Bild) in Stuttgart. Gemeinsam bilden sie das Berufliche Schulzentrum für Gesundheit, Pflege, Ernährung und Sozialwesen (GPES). 2.900 junge Frauen und Männer lernen hier.

Foto: Horst Rudel

High-Tech und Regenwasser

// Wie „grün" sind Schulgebäude? Um das zu bewerten, entwickelte die Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) einen Kriterienkatalog. Ortstermin in einem Stuttgarter Berufsschulzentrum. //

Nachhaltigkeit sorgt für Überraschungen: „Da kommt ja braunes Wasser raus!", beschweren sich Schülerinnen und Schüler, wenn sie die Klospülung betätigen. „Wir müssen dann erklären", sagt Anton Metz (64), Schulleiter der Alexander-Fleming-Schule in Stuttgart. Die Schule sammele Regenwasser auf dem Flachdach – und spüle damit die Toiletten. Das spare kostbares Trinkwasser.

Neben der Alexander-Fleming-Schule liegt das Gebäude der Hedwig-Dohm-Schule. Gemeinsam bilden sie das Berufliche Schulzentrum für Gesundheit, Pflege, Ernährung und Sozialwesen (GPES). Der Neubau des GPES, fertiggestellt 2013, trägt eine hohe Auszeichnung: das Zertifikat in Platin der DGNB. Bundesweit gibt es bislang 27 Schulen, Kitas und Hochschulen, die ein DGNB-Zertifikat erhalten haben.

„Je nach Gebäudetyp fließen bis zu 40 Nachhaltigkeitskriterien in die Bewertung ein", unterstreicht die DGNB. Werden recycelbare Materialien, frei von Chemikalien eingesetzt? Vermeiden die Baufirmen Transportkosten, indem sie Fertigteile und Baustoffe aus der Region verwenden? Auch die Funktionalität wird bewertet. Sind Beleuchtung und Schalldämmung optimal? Wie steht es um die Sicherheit bei Brand oder Amoklauf?

Anspruchsvolle Technologie

Metz und sein Kollege Dieter Göggel (64), Schulleiter der Hedwig-Dohm-Schule, führen mich über den Schulhof. Am Rand befinden sich Metallgitter im Boden. Ein warmer Luftzug ist zu spüren – hier entweicht die verbrauchte Luft des Schulgebäudes. Ich erfahre: Die Abluft fließt zunächst über einen „Wärmeübertrager". Der überträgt die Wärme der Abluft an die Frischluft, die von zwei mannshohen silberfarbenen Säulen neben dem Schulgebäude angesaugt wird. So sorgt die Frischluft im Gebäude für angenehme Temperaturen. „Das senkt die Heizkosten", fasst Göggel zusammen.

Im Gebäude steckt viel High-Tech: Bewegungsmelder steuern die Beleuchtung. „Schwarze Fenster", ohne Verglasung, öffnen sich nachts automatisch, damit kühlende Luft ins Gebäude fließen kann. Lehrkräfte erhalten eine schriftliche Anleitung, damit sie die technischen Anlagen in den Unterrichtsräumen bedienen können. Die anspruchsvolle Technologie sei anfällig für Fehler, kritisiert Göggel. Thomas Stöckle vom Schulverwaltungsamt der Stadt Stuttgart widerspricht: „Inzwischen läuft die Anlagentechnik weitestgehend reibungslos." Lediglich im ersten Jahr der Nutzung musste „teilweise nachgesteuert und optimiert werden".

40 Millionen Euro investierte die Stadt Stuttgart in den GPES-Neubau. Weitere 20 Millionen Euro zahlte das Land Baden-Württemberg. Um wieviel teurer wurde das Gebäude, damit es das Platin-Zertifikat der DGNB tragen darf? Das lasse sich „monetär nicht beziffern", erklärt Stöckle. Er schätzt die Mehrkosten auf einen „einstelligen Prozentbereich". Dafür gebe es Einsparungen bei den laufenden Betriebs-

kosten – „im zweistelligen Prozentbereich“.
Das Bundesbauministerium erarbeitete bis 2011 mit der DGNB einen Kriterienkatalog, um die Nachhaltigkeit von Gebäuden zu bewerten: das Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen für Bundesgebäude (BNB). Diverse Bundesländer haben das BNB inzwischen übernommen und angepasst. Beispiel Berlin: In der Hauptstadt gilt seit März 2019 die Vorschrift, dass öffentliche Gebäude ab einer Investitionssumme von zehn Millionen Euro das BNB im Standard Silber zu erfüllen haben. Neubauten für Schulen, Kitas und Hochschulen sind in diese Regelung einbezogen. Sachsen realisiert derzeit zwei Pilotprojekte, um das BNB zu testen, darunter ein Hochschulgebäude in Dresden. Zur Finanzierung entsprechender Neubauten nutzt der Freistaat Gelder der Europäischen Union aus dem Förderprogramm Energieeffizienz.

Photovoltaik-Anlage fehlt

Das Stuttgarter GPES zeigt indes, dass sich Nachhaltigkeit auch mit simplen Mitteln erreichen lässt – durch kluge Auslastung. „Unsere Klassen- und Fachräume werden auch vom Abendgymnasium genutzt“, betont Schulleiter Metz. Ähnliches gilt für die Hedwig-Dohm-Schule. Abends finden dort Lehrgänge der Industrie- und Handelskammer statt. Metz bemängelt allerdings, dass es keine Klimaanlage im Gebäude gibt. „Wenn draußen 35 Grad sind, haben wir drinnen immer noch 32 oder 33 Grad.“ Auf die Klimaanlage wird trotzdem verzichtet, um Energie zu sparen. „Gemäß Energie-Erlass der Stadt Stuttgart werden städtische Gebäude nicht aktiv gekühlt“, erläutert Stöckle vom Schulverwaltungsamt.

Metz ist zudem erstaunt, dass sich auf dem Schulgebäude keine Photovoltaik-Anlage zur Stromgewinnung befindet. „Die hätte damals mitgeplant werden können.“ Stöckle erklärt: Eine derartige Anlage hätte das Gebäude auf unzulässige Weise erhöht. Er spricht von „Höhenbeschränkung“ mit dem stadtplanerischen Ziel, eine „Frischluftschneise“ freizuhalten. Diese Schneisen sorgen dafür, dass Frischluft aus dem Umland ungehindert ins Stadtgebiet fließen kann. Die Hedwig-Dohm-Schule sei zwei Geschosse niedriger, ergänzt Stöckle. Dort soll demnächst eine Photovoltaik-Anlage montiert werden.

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen: www.dgnb.de

CO_2 und Photosynthese

// In der frühen Kindheit werden die Grundlagen für Werte, Haltungen und Überzeugungen gelegt. Umwelterziehung in der Kita ist also besonders wichtig. Eine Einrichtung im brandenburgischen Rangsdorf gehört zu den Pionieren in diesem Bereich der frühkindlichen Pädagogik. //

Foto: Kay Herschelmann

Die Kinder der Kita L.i.n.O. in Rangsdorf haben zusammen mit ihren Erzieherinnen Katrin Magalowski (rechts) und Melanie Eichhorst (links) ein Waldsofa aus Ästen gebaut. Die Einrichtung setzt ganz auf Umweltpädagogik. 2017 wurde sie dafür von der UNESCO und dem Bundesbildungsministerium als nachhaltiger Lernort ausgezeichnet.

„Hört ihr was?“ Die Kinder bleiben stehen. Lauschen. „Ich hör den Wind“, ruft Marlen. „Ein Brummen von der Autobahn“, sagt Julian. „Die Bauarbeiter“, meint Till. Weiter geht’s. Die zwölf Vorschulkids der Kita L.i.n.O. im brandenburgischen Rangsdorf trappeln Hand in Hand an den Einfamilienhäusern entlang. Erzieherin Katrin Magalowski hebt den Arm. „Stopp! Wisst ihr, welche Pflanze das Gelbe da ist?“ „Eine Goldrute.“ „Und was verrät sie uns?“ „Dass es bald Herbst wird.“ Magalowski nickt. „Sehr gut.“

In der Kita L.i.n.O. – „Liebevolle, individuelle, naturnahe Obhut“ – steht die Erziehung zu Nachhaltigkeit ganz oben auf der Agenda. „Nachhaltigkeit ist bei uns Grundlage für alles“, sagt Kita-Gründerin Melanie Eichhorst. Die Möbel in der Einrichtung kommen wenn möglich aus nachhaltiger Produktion, gegessen werden nur saisonale Produkte aus der Region.

Einmal im Jahr besucht ein Team des Berliner Vereins Kate die Kita zum „Klimafrühstück“. Gemeinsam wird untersucht: Welchen Weg haben die Lebensmittel auf dem Frühstückstisch hinter sich? Wann wächst was? Wie können wir uns umweltgerecht ernähren? Regelmäßig sind Mitarbeiter des Südbrandenburger Abfallverbandes vor Ort, dann erklärt „Freddy, der Hamster“, was in die blauen, gelben und schwarzen Tonnen in jedem Kita-Raum reingehört. Danach wird im Wald Müll gesammelt und damit gebastelt. Manchmal experimentieren die Kids mit Solarzellen, mal gibt es einen Ausflug zu einem Windrad – wie entsteht eigentlich Windenergie? Doch das Wichtigste ist für Eichhorst eine intensive Naturerfahrung. Geräusche wahrnehmen, Tiere entdecken, Blätter, Rinden, Moose fühlen. „Nur so lernen Kinder einen respektvollen Umgang mit den Ressourcen der Erde.“ Deshalb geht es jeden Tag raus, bei Wind und Wetter, und einmal in der Woche in den Wald.

Wie baut man ein Waldsofa?

Der Wind streicht durch die Wipfel, die Sonne malt Tupfen auf den Waldboden. Magalowski hebt die Stimme. „Kommt mal alle in den Kreis. Wisst ihr noch, was wir heute bauen wollen?“ „Ein Waldsofa“, ruft es aus einem halben Dutzend Kinderkehlen. Aber wie finden wir heraus, wie groß es sein muss, damit alle draufpassen? Till schnappt sich einen Stock und malt eine Linie um den Kinderkreis. Sie ist nur blass zu sehen, aber das reicht schon, weil Max flink ein paar Stöcke die Linie entlang legt. „Da müssen wir jetzt einfach mehr Stöcker draufstapeln“, schlägt Emelie vor. Keuchend werden große Äste, lange Äste, dicke Äste herangeschleppt und auf den Kreis gehievt. Erstaunlich schnell wächst er zu einem richtigen Waldmöbel.

Vor gut zehn Jahren, als Eichhorst ein Umweltprojekt in der Kita ihrer eigenen Kinder auf die Beine stellen wollte, wurde sie noch belächelt. Wozu brauchen wir das denn? Damals stand Bildung zur Nachhaltigkeit in keinem Bildungsplan. Also eröffnete Eichhorst 2009 mit Freunden eine eigene Kita. 2017 wurde diese von der UNESCO und dem Bundesbildungsministerium als nachhaltiger Lernort ausgezeichnet.

Heute ist „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) in den Bildungsplänen vieler Bundesländer verankert, von Berlin bis Hessen. Auch Eichhorst gibt Fortbildungen für Fachkräfte und unterrichtet im Masterstudiengang „Umwelt und Bildung“ an der Alice-Salomon-Hochschule in Berlin. Zwar wächst seit zwei Jahren die Nachfrage nach klassischen Angeboten zum

Thema Natur. „Aber die Resonanz auf Fortbildungen zur Nachhaltigkeit ist verhalten“, sagt sie. Vermutlich, weil sich Fachkräfte darunter nichts Genaues vorstellen können. „Aber wenn sie einmal selbst erleben, was wir machen, sind sie begeistert.“

Das Waldsofa ist fertig. Ein Sitzring aus Geäst, der ein wenig an einen überdimensionalen Adventskranz erinnert. Zeit für das Picknick. Es wird still. „Ich finde das total gemütlich hier“, meint Emelie. „Und wenn wir das nächste Mal kommen, schauen wir mal, ob sich das Sofa verändert hat“, sagt Erzieherin Magalowski. „Zum Beispiel durch Regen und Wind, Tiere oder andere Kita-Gruppen, die hier Rast machen.“

Kooperation mit der Kommune

Alle Fachkräfte der Kita haben eine BNE-Fortbildung gemacht, finanziert von der Einrichtung. Permanent entwickelt das Team neue Ideen. Ein Projekt zum Artenschutz, zur Naturveränderung im Herbst. Immer ist Nachhaltigkeit dabei verwoben mit anderen Bildungszielen. Wie beim Waldsofabau: konzentriert an etwas arbeiten lernen, im Team anpacken, Größenverhältnisse einschätzen, Gemeinschaft leben.

Zur nachhaltigen Entwicklung gehört auch die Kooperation mit der Gemeinde. Unterstützt von der Kommune ließ die Kita für das UN-Projekt „Wir sammeln grüne Meilen“ Postkarten mit Wochentagen zum Abstempeln drucken und verteilte sie im Ort. Alle Einsendungen wurden ausgewertet: Wer sich jeden Tag zu Fuß oder mit dem Fahrrad statt mit dem Auto fortbewegt hatte, wurde auf einem Stadtfest vom Bürgermeister ausgezeichnet.

Eichhorst begeistert es immer wieder, welche komplexen Sachverhalte Kindergartenkinder verstehen können – wenn man es richtig erklärt. Zum Beispiel die Photosynthese. Unermüdlich hatten Kinder gefragt: Wieso sind Blätter grün? Die Fachkräfte entwickelten den kleinen Comic vom Blattwichtel, der Stück für Stück durch die Phasen des Umbaus von Wasser und CO_2 in Glucose und Sauerstoff führt. Die Kinder schienen zu verstehen. Aber blieb wirklich etwas hängen?

Zwei Monate nach dem Projekt waren wieder die Mitarbeiter des Vereins Kate zu Besuch. Sie erzählten von zu viel CO_2 in der Luft und Treibhausemissionen. Und die Kinder lachten: „Ach, das kennen wir schon. Das hängt mit der Photosynthese zusammen und die erklären wir euch jetzt mal mit der Geschichte vom Blattwichtel.“

Anja Dilk,
freie Journalistin

Die Alice-Salomon-Hochschule in Berlin erstellte einen Leitfaden für eine nachhaltige Kita: bit.ly/leit-kita-nachhaltig-pdf

Forschung for Future?

// Nachhaltigkeit fällt nicht vom Himmel. Sie muss erprobt und umgesetzt werden. Wie das in der Praxis funktionieren könnte, soll das Rahmenprogramm „Forschung für nachhaltige Entwicklung“ (FONA) der Bundesregierung erforschen. Doch für die Anwendung der Ergebnisse wird zu wenig getan. //

Das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (ISE) meldete kürzlich einen neuen Weltrekord. Die Forscher konnten bei Mehrfachsolarzellen auf Siliziumbasis den bisherigen Wirkungsgrad signifikant erhöhen. Während viele Zellen nur rund 20 Prozent liefern, schafft die ISE-Neuentwicklung gut 24 Prozent. Und es gibt noch einen zusätzlichen Clou. Bei der Herstellung wird weniger Material verbraucht. Die grüne Technologie der Photovoltaik, könnte man sagen, wird so noch nachhaltiger.
Ermöglicht wurde der Rekord der Freiburger Wissenschaftler durch eine Projektförderung des Bundesforschungsministeriums. Sein Rahmenprogramm FONA gehört zu den Aushängeschildern der Bundesregierung. Erklärtes Ziel sind Forschungsergebnisse, die nicht nur in der Schublade landen, sondern für die Praxis anwendbar sind und einen echten Nutzen bringen.

Viel Lob, aber auch Kritik

Der Startschuss für das FONA-Programm fiel 2005. Seither gab es drei Neuauflagen. Da FONA ein „lernendes Programm“ sein soll, wurde die Schwerpunktsetzung sukzessive erweitert. Die Themenpalette ist groß. Sie reicht von Klimaforschung über Meeres- und Polarforschung bis hin zu sozial-ökologischer Forschung. Seit 2015 sind mit FONA 3 die Leitinitiativen Green Economy, Zukunftsstadt und Energiewende dazugekommen sowie seit 2019 auch der Erhalt der Artenvielfalt. Zusätzlich wurde Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) erstmals zu einem Programmbestandteil gemacht, um BNE und Forschung „systematisch miteinander zu verzahnen“, so das Forschungsministerium.
„Das Programm soll so anwendungsorientiert wie möglich einen Beitrag leisten, um Deutschlands Nachhaltigkeitsziele zu erreichen“, sagt Günter Reuscher vom Technologiezentrum des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI), das mit der FONA-Durchführung beauftragt ist. Dafür sind bislang fünf Milliarden Euro in das Programm geflossen, wie die Bundesregierung gerade auf eine Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion mitgeteilt hat. Doch wie sieht die Bilanz aus? Wirkt das Förderprogramm tatsächlich so, wie es wirken soll?
Hört man sich unter Forschern um, ist viel Lob für FONA zu vernehmen. „Es ist eines der wenigen Programme aus dem Forschungsministerium, das praxisorientiert und interdisziplinär ist“, sagt Anke Herold, Geschäftsführerin des Öko-Instituts. „Statt im Elfenbeinturm zu sitzen, geht es um Lösungen, die in der Realität funktionieren.“ Voraussetzung für eine Förderung ist bei vielen Projekten, dass auch Praxispartner mit an Bord sind. Bei dem Projekt ENSURE des Öko-Instituts zur Ausgestaltung des Netzausbaus auf regionaler Ebene beispielsweise waren sowohl Netzbetreiber als auch Umweltverbände mit

FONA steht für „Forschung für Nachhaltige Entwicklung“. Ziel des Programms sind Forschungsergebnisse, die einen echten Nutzen bringen. So erforscht das Projekt MICRO-FATE des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung (UFZ) Verbleib und Abbau von Plastik im Meer. Dafür „stanzt“ ein sogenannter Multicorer in mehr als 5.000 Metern Tiefe Sedimentproben aus dem Meeresboden.

Foto: UFZ/Roman Kroke

eingebunden. „Die Unternehmen brachten ihre konkreten Zahlen mit, die wir dann durchgerechnet haben“, schildert Herold das Vorgehen. „So konnten wir den tatsächlichen Bedarf beim Netzausbau viel besser abschätzen.“

Von einer Pionierleistung sprechen gar die Grünen. „Das FONA-Programm unterstützt genau das, was wir für die Bewältigung der großen Herausforderungen brauchen“, sagt der forschungspolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, Kai Gehring. Allerdings stehe das Programm allein auf weiter Flur. „Statt die Impulse aus der Nachhaltigkeitsforschung systematisch in die Forschungspolitik einzubeziehen, läuft es bei anderen Programmen weiter nach dem alten Schema F“, kritisiert Gehring. Die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Zivilgesellschaft müsse vertieft werden. Die dezidierte Praxisorientierung des FONA-Programms ist eigentlich vorbildlich. Forscher kommen mit Praktikern zusammen, um ganz konkrete Fragestellungen zu untersuchen. Etwa wie eine nachhaltige Mobilität in einem bestimmten Quartier gelingen kann. Oder wie Klimaschutz auf lokaler Ebene durch veränderte Formen der Zusammenarbeit besser klappt. Davon profitieren zunächst und vor allem die Forscher selbst. „Die Zusammenarbeit mit Akteuren aus der Praxis erweitert den Horizont“, sagt Herold. Wenn es aber darum geht, die Ergebnisse in politische Entscheidungsprozesse einzuspeisen und für die ganze Gesellschaft nutzbar zu machen, passiert relativ wenig.

Kommunikationsproblem

Zwar müssen Forscher, die eine Projektförderung über FONA beantragen, auch ein Kommunikationskonzept mitliefern. Darin sollen sie darlegen, wie sie ihre Ergebnisse einem größeren Publikum zugänglich machen wollen, damit nicht nur ein kleiner Kreis von Fachleuten davon erfährt. „In der Praxis ist es aber oft so, dass es zwar viele gute Ideen und Konzepte gibt, aber niemand davon erfährt“, sagt Michael Koppatz vom Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie, das Strategien und Instrumente für Übergänge zu einer nachhaltigen Entwicklung auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene erforscht. „Die Papiere mit den Ergebnissen sind häufig unverständlich geschrieben“, sagt er. „Kein Praktiker liest so etwas.“ Das sei das Grundproblem der Forschung: Viele gute Ergebnisse, mit denen dann aber zu wenig gemacht werde. „Wir brauchen eine Kommission oder ein Beratergremium, das all die Ergebnisse auswertet und zündende Konzepte bekannt macht“, schlägt Koppatz vor. „Das wäre eine sinnvolle Ergänzung zur Forschungsförderung.“

In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion zu FONA nennt die Bundesregierung als wichtiges messbares Ergebnis des Rahmenprogramms an erster Stelle denn auch die „große Anzahl wissenschaftlicher Publikationen von hoher Relevanz“. Auch die Ausbildung von Nachwuchswissenschaftlern hebt sie hervor. Das sind wichtige Ziele, keine Frage. Doch für die Nachhaltigkeitsziele Deutschlands – den Ausstoß von Klimagasen zu reduzieren, den Anteil erneuerbarer Energien zu erhöhen, Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln sowie den Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrszwecke zu begrenzen – ist damit noch nicht viel gewonnen. Trotz ambitionierter Forschungsförderung sind diese Ziele noch längst nicht in Reichweite.

Der mit FONA ermöglichte Weltrekord der ISE-Forscher bei der Solarzellenforschung ändert eben nichts daran, dass es in Deutschland keine nennenswerte Solarindustrie mehr gibt.

Verena Kern,
stellvertretende Chefredakteurin des Online-Magazins klimareporter°

www.fona.de

Habt keine Angst!

// Schülerinnen und Schüler gehen seit Monaten unter dem Motto „Fridays for Future“ für einen effektiven Klimaschutz auf die Straße. Jetzt bekommt die Bewegung Unterstützung von dem bundesweiten Bündnis „Pädagogen for Future“. //

Bei einer Fridays-for-Future-Demo im März beschloss Christopher Brinkmann: „Ich kann nicht nur zugucken, wenn Zehntausende junger Leute auf der Straße sind und für die Zukunft des Planeten kämpfen.“ Im Mai gründete Brinkmann, der an einer Fachschule für Sozialpädagogik angehende Erziehungskräfte unterrichtet, die Gruppe „Pädagogen for Future“.
Es sei anfangs nicht leicht gewesen, Mitstreiter zu gewinnen, berichtet Brinkmann. 142 Menschen unterzeichneten den ersten Aufruf im Mai, Ende des Sommers lag die Zahl der Unterschriften bei gut 2.000. Neben Einzelpersonen unterstützen mehrere GEW-Landesverbände die Gruppe.
Brinkmann hofft auf viele Mitstreiter, die wie beim Klimastreik am 20. September, bei Demonstrationen und im Alltag ihre Stimme gegen den Klimawandel erheben: „Wir kämpfen hier und heute ums Überleben von Menschen und gegen den Verlust ganzer Ökosysteme.“

Mehr öffentlicher Druck nötig

„Für uns als Gewerkschaft ist Streik im Rahmen von Tarifverträgen klar definiert“, sagt Marlis Tepe, Vorsitzende der GEW. Dennoch sei es auf ganz vielfältige Weise möglich, die Jugendproteste zu unterstützen: „Die Schule kann Projekttage für Klimaschutz und Demokratie veranstalten und in diesem Rahmen an einer Demonstration teilnehmen, Klassen können sich in Fächern wie Geografie und Naturwissenschaften mit Folgen des Klimawandels befassen“, sagt Tepe. „Grundlagen lassen sich bereits in der Grundschule in Sach- oder Heimatkunde erarbeiten.“ Natürlich sei ein Engagement jedes und jeder Einzelnen außerhalb der Arbeitszeiten möglich.
Das sieht Brinkmann genauso. „Wenn man erst begriffen hat, dass die Jugendlichen recht haben und das Haus wirklich brennt, kann man eigentlich nicht mehr nur zuschauen, sondern muss handeln – etwa, indem man andere informiert und durch die Teilnahme an Demos öffentlichen Druck

Foto: Rolf Schulten

Anfang des Jahres gingen Schülerinnen und Schüler wie hier in Berlin erstmals in größerer Zahl auf die Straße und demonstrierten unter anderem für einen schnelleren Ausstieg aus der Braunkohleverstromung.

Tag der Nachhaltigkeit

Rekordsommer, Wetterextreme, der Dieselskandal und der zweifelhafte Titel der Deutschen als Verpackungsmüllmeister Europas stimmen viele Menschen nachdenklich. Das wenig nachhaltige Verhalten der Konsumgesellschaft wirft Fragen nach globaler Gerechtigkeit auf, nach fairem Umgang mit wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern und nach Generationengerechtigkeit, die jungen Menschen eine lebenswerte Umwelt hinterlässt. Daher widmet sich der 24. Bildungstag der GEW-Kreisverbände Groß-Gerau und Main-Taunus am 26. Oktober in Rüsselsheim als „Tag der Nachhaltigkeit“ der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). In Anlehnung an die Fridays-for-Future-Bewegung bieten neben 14 anderen Arbeitsgruppen auch Schülerinnen und Schüler einen Workshop an.
Anmeldung bitte per Mail an:
bildungstag@gew-gg-mtk.de

Weitere Infos unter:
www.gew.de/bildungstag-gg-mtk

Foto: imago images/Ralph Peters

Im Sommer schlossen sich auch Lehrkräfte und das Personal von Hochschulen den Protesten von Fridays for Future an.

macht." Die Zivilgesellschaft müsse „zeigen, was sie will", sagt der Dozent: „Die Politik braucht das Signal der Bevölkerung: Habt keine Angst, wir stehen zu euch, auch wenn ihr unpopuläre Beschlüsse wie die CO_2-Steuer oder den schnellen Kohleausstieg umsetzt." Gerade für Menschen, die „für und mit der nächsten Generation arbeiten", sei diese Positionierung wichtig, meint Brinkmann. Auch von der GEW, der er allerdings selbst nicht angehört, erhofft er sich klare Aussagen.

„Die machen wir längst", sagt Tepe. Die GEW-Vorsitzende freut sich über die starke Fridays-for-Future-Bewegung: „Die Jugend trägt mit ihrem Protest das Klimathema in die Öffentlichkeit und ins allgemeine Bewusstsein." Auf lokaler Ebene gebe es teilweise eine Zusammenarbeit zwischen der GEW und „den Fridays". Aber in Gesprächen hätten Vertreter der Bewegung auch deutlich gemacht, dass sie Wert auf ihre Eigenständigkeit legen. Dennoch seien unterstützende Gruppen wie die „Parents for Future", „Scientists for Future", „Schools for Future" (s. S. 6 ff.) oder eben die „Pädagogen for Future" aus Sicht der GEW wichtig. „Aber für uns ist das Thema nicht neu", so Tepe.

Denn die Bildungsgewerkschaft wirkt seit Jahren mit am UNESCO-Weltaktionsprogramm „Bildung für nachhaltige Entwicklung" (BNE). Das Thema ist breit gefächert, es startet bei Universitäts-Curricula für den Lehrkräftenachwuchs, setzt sich fort mit Unterrichtsinhalten und endet mit der Frage, wie die Schulgebäude und der schulische Alltag aussehen sollten, um Energie zu sparen und wenig Müll zu erzeugen. Für die GEW steht die „Bildung für alle" obenan, damit „alle Menschen die Kompetenzen erwerben können, die für eine aktive Teilnahme an der Gestaltung der zukünftigen Entwicklung erforderlich sind", heißt es in einem Grundsatzpapier.

Esther Geißlinger,
freie Journalistin

paedagogenforfuture.org
parentsforfuture.de/de
scientists4future.org

Ein wichtiger Baustein

// Die „Nationale Weiterbildungsstrategie“ (NWS) soll helfen, Beschäftigte und Arbeitssuchende auf den digitalen und strukturellen Wandel der Arbeitswelt vorzubereiten. Ein „Strategiepapier“ formuliert Zwischenergebnisse. Was sagt die GEW dazu? //

Die Verhandlungen zur NWS begannen im November 2018. Beteiligt waren: drei Bundesministerien (Bildung, Wirtschaft, Arbeit), Gremien der Bundesländer (Arbeits- und Sozialminister-, Wirtschaftsminister-, Kultusministerkonferenz) und die Bundesagentur für Arbeit. Außerdem Arbeitgeberverbände sowie DGB, IG Metall, IG BCE, ver.di und GEW.

Die Akteure verabschiedeten im Juni 2019 ein 23-seitiges Strategiepapier. Dieses definiert zehn Handlungsziele, einschließlich Versprechen zu den jeweiligen konkreten Aktivitäten und Vorhaben („Commitments“). Ziel 1 lautet beispielsweise: „Die Transparenz von Weiterbildungsmöglichkeiten und -angeboten unterstützen.“ Ziel 6 sieht vor: „Erworbene Kompetenzen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der beruflichen Bildung sichtbar machen und anerkennen.“ Das richtet sich vor allem an formal gering Qualifizierte, die berufliche Erfahrung im Alltag, am Arbeitsplatz oder in der Familie erworben haben. Verabredet wurde, den beruflichen Aufstieg von Frauen und Männern durch eine Novelle des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes finanziell zu fördern. Dafür will der Bund in dieser Legislaturperiode zusätzlich 350 Millionen Euro bereitstellen. Geplant ist ferner, die Weiterbildungsberatung ausbauen.

Foto: picture alliance/dpa Themendienst

Beim Thema Weiterbildung dürfe man sich nicht nur auf die berufliche Weiterbildung fixieren, sagt die GEW. Zu einer echten nationalen Weiterbildungsstrategie gehöre auch die kulturelle, politische und allgemeine Erwachsenenbildung.

Ansgar Klinger, beim GEW-Hauptvorstand für Weiterbildung verantwortlich, urteilt: „Die NWS zielt dem Auftrag aus dem Koalitionsvertrag entsprechend darauf, die berufliche Weiterbildung zu fördern.“ Die Bundesregierung sehe dies als „Teil ihrer Fachkräftestrategie“. Man dürfe sich aber nicht nur auf die berufliche Weiterbildung fixieren, so Klinger. Die GEW vertritt die Position, dass in einer echten nationalen Weiterbildungsstrategie auch die kulturelle, politische und allgemeine Erwachsenenbildung berücksichtigt werden müsse. „Insbesondere die letztgenannten Bereiche der Weiterbildung sind vollkommen unterfinanziert“, sagt Klinger. „Als ersten Schritt fordern wir hierfür 1 Prozent des Bildungsbudgets.“

Regionale Netzwerke fördern

Gemessen am Auftrag, die berufliche Weiterbildung zu fördern, sei das Strategiepapier „weitgehend positiv“ zu bewerten. Die GEW begrüße, dass es künftig „Lernteilzeiten“ geben soll. Dann könnten Beschäftigte einen Teil ihrer Arbeitszeit nutzen, um sich beruflich weiterzubilden. Wie die Beschäftigten während der Lernteilzeit finanziell abzusichern sind, sei aber noch nicht geklärt, lautet ein Kritikpunkt. Die Autoren des Strategiepapiers überlegten zudem, „regionale Netzwerke der Weiterbildung“ zu unterstützen. Dann könnte sich beispielsweise eine Volkshochschule mit einem privaten Bildungsträger und einer Berufsbildenden Schule vernetzen. Einer der wichtigsten Punkte aus Gewerkschaftssicht sei, „die Arbeitsbedingungen in der öffentlich finanzierten Weiterbildung zu verbessern“, so Klinger. Hierzu habe die GEW im Strategiepapier folgende Aussage durchgesetzt: „Bund und Länder prüfen die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen der Erwerbstätigen in der öffentlich finanzierten beruflichen Weiterbildung. Die Sozialpartner werden einbezogen.“ Gemeinsam mit den Bundesländern hätten die Gewerkschaften zudem erreicht, dass sich die NWS auch an die bundesweit 6,2 Millionen funktionalen Analphabeten richte.

Klinger betont: Vieles werde nun davon abhängen, „wie die zum Teil pauschalen Commitments künftig umgesetzt werden“. Bis Winter 2020 sollen die Beschlüsse des Strategiepapiers in konkrete Politik gegossen werden. Für Frühjahr 2021 ist geplant, einen gemeinsamen Bericht zum Stand der Umsetzung zu veröffentlichen. Der GEW-Weiterbildungsexperte fasst zusammen: „Die NWS ist ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu einem echten Bundesweiterbildungsgesetz.“

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

Strategiepapier „Nationale Weiterbildungsstrategie“: bit.ly/bmbf-nws-pdf

Dialog

3/2019

Cartoon: Karl-Heinz Brecheis

INHALT:

Titel
Solidarität! Seiten 1–3

GEW-Kommentar
Faire Verhältnisse Seite 2

Service
Bald in Rente? Diese Quellen helfen weiter. Seite 4

Im Kurzcheck
Was bewegt … Seite 4

Solidarität!

// 95 Prozent aller Erwerbstätigen beziehen im Ruhestand Rente, doch zunehmend reicht diese nicht mehr aus. Parteien, Verbände und Wissenschaft streiten über den Weg zu einer tragfähigen Reform der Alterssicherung. //

Deutschland 2019: Das Armutsrisiko* für Rentnerinnen und Rentner wächst. Seit Einführung der Grundsicherung 2003 hat sich die Zahl der Empfänger ungefähr verdoppelt. Und selbst bei guter Konjunktur könnte das Armutsrisiko bis 2039 von 16,8 auf 21,6 Prozent der Rentner steigen, knapp 12 Prozent seien dann wohl auf Grundsicherung angewiesen, prognostizierte Mitte September eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

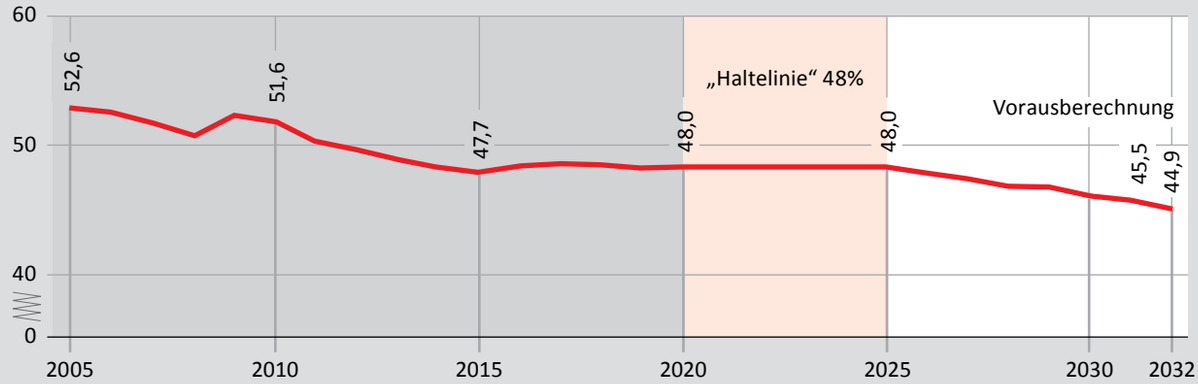
Susanne Kümpers, Professorin an der Universität Fulda, erforscht seit Jahren den Zusammenhang zwischen den Lebenslagen sozialer Gruppen und den Folgen für ihr Leben im Alter. Besonders bedroht von Altersarmut seien drei Gruppen:

Erstens Geringverdienende mit längeren Phasen der Unterbeschäftigung und Langzeitarbeitslose, vor allem in Ostdeutschland. Dort können die Menschen zudem seltener auf ein Vermögen zurückgreifen, um Einkommensausfälle im Alter zu kompensieren.

Zweitens Frauen. „Zum einen verrichten Frauen nur ein Drittel der bezahlten, aber zwei Drittel der unbezahlten Arbeit“, so Kümpers – Kindererziehung, Pflege, Alltagsmanagement. Dafür stecken sie im Lebensverlauf häufiger beruflich zurück, sammeln weniger Rentenansprüche. „Zum anderen arbeiten sie in schlechter bezahlten Branchen und verdienen zudem in den gleichen Jobs durchschnittlich weniger als ihre Kollegen.“ Der sogenannte Gender Pay Gap von 21 Prozent in Deutschland – der

>>>

Im Sinkflug: Netto-Rentenniveau vor Steuern* 2005 bis 2032



***Netto-Standardrente vor Steuern (45 Versicherungsjahre) in Prozent des Einkommens eines Durchschnittsverdienenden**
Quelle: DRV Bund, Bundesregierung/BAMS Rentenversicherungsbericht 2018

Grafik: zplusz

>>> zweithöchste in Europa – spiegelt sich verschärft im Gender Pension Gap wider, wie es in der Wissenschaft heißt: Frauen in Deutschland beziehen durchschnittlich um 53 Prozent niedrigere Renten als Männer. Zwei Drittel der erwerbstätigen Frauen verdienen nicht genug, um ihre Existenz langfristig aus eigenem Alterseinkommen zu sichern. Dabei steigt ihr Armutsrisiko, wenn sie alleine leben oder nur geringe Ansprüche auf eine Witwenrente haben. Heutige Rentnerinnen aus dem Osten beziehen allerdings noch vergleichsweise hohe Renten. Sie profitieren von der starken Erwerbsbeteiligung von Frauen in der DDR. Dieser Vorteil schwindet mittelfristig.

Erhöhtes Risiko

Drittens haben Menschen mit Migrationshintergrund ein erhöhtes Risiko, im Alter nicht über die Runden zu kommen. Fast ein Drittel der Migranten, die älter als 65 Jahre sind, gilt als armutsgefährdet. Viele von ihnen haben nur einen Teil ihres Lebens in Deutschland gearbeitet; außerdem häufiger in schlecht bezahlten Jobs.

Das Problem: „Armut ist im Alter meist unumkehrbar“, analysiert Kümpers. „Alte Menschen sind mit zunehmenden Einschränkungen weniger wehrhaft und daher anfälliger für Krisen wie den drohenden Verlust der Wohnung.“ Umso wichtiger sei ein System der Alterssicherung, das sozioökonomische Ungleichheiten kompensiert.

Bis 1992 war das Prinzip des sozialen Ausgleichs im deutschen Rentensystem auch stärker verankert. Seitdem wurden das Solidarprinzip sukzessive zugunsten des Äquivalenzprinzips (wer

Faire Verhältnisse

FRAUKE GÜTZKOW

Foto: Kay Herschelmann

Viele haben noch dieses Bild im Kopf: In der Bildungsgewerkschaft GEW sind vor allem Beamtinnen und Beamte organisiert, die meisten GEW-Mitglieder bekommen im Ruhestand also eine Pension. Rente? Damit haben wir nur wenig zu tun.

Doch dieses Bild ist falsch. Die Zahl der Angestellten in der GEW wächst schnell. Noch bezieht nur ein Viertel der Seniorinnen und Senioren eine Rente. Das wird sich massiv ändern. Denn bereits jetzt sind 47 Prozent der erwerbstätigen Mitglieder Angestellte. Die aktuellen Verhandlungen über die Zukunft der Rente sind für sie sehr wichtig.

Es ist Zeit, etwas zu tun. Die GEW setzt sich beispielsweise dafür ein, dass Bildungszeiten (Schule, Hochschule, Weiterbildung) die Rente wieder erhöhen. Die GEW macht sich für die Zukunftsfestigkeit der Pensionen und eine langfristige Anhebung des Rentenniveaus stark: Alle Menschen haben Anspruch auf eine Alterssicherung, die ihnen ein Leben in Würde ermöglicht – egal ob sie Pension oder Rente beziehen. Wir brauchen ein universelles Alterssicherungssystem, das die gesamte Bevölkerung umfasst, jede Form der Erwerbsarbeit gleichbehandelt, den Lebensstandard sichert, Lebensrisiken solidarisch absichert und Altersarmut effektiv verhindert.

Frauke Gützkow,
GEW-Vorstandsmitglied Frauen- und Seniorinnenpolitik

mehr einzahlt, bekommt auch mehr raus) heruntergefahren und die private Vorsorge propagiert. Die Rente nach Mindestentgeltpunkten, die auch langjährige Geringverdiener im Alter absichern sollte, lief aus.

Die Rentenreform 2001 brachte den endgültigen Paradigmenwechsel: Das Rentenniveau wurde abgesenkt, die Rentenanpassung folgt seitdem nicht mehr eins zu eins der Lohnentwicklung. Gleichzeitig verabschiedete man sich von der Idee einer Lebensstandardsicherung aus der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) und setzte auf ein Dreisäulenmodell: GRV plus betriebliche Zusatzversicherung plus private Vorsorge. Die Versicherten sollten ihre Rente um private Vorsorge, die sogenannte Riester-Rente, ergänzen. Nur: „Die GRV deckt etwa 85 Prozent der Leistungen ab, es ist völlig unrealistisch, dass die anderen beiden Säulen ihren Leistungsabbau kompensieren können“, sagt Gerhard Bäcker, Sozialwissenschaftler am Institut für Arbeit und Qualifikation (IAQ) an der Universität Duisberg-Essen.

Das belegen empirische Befunde: Die unteren Einkommensgruppen beteiligen sich kaum an den Riester-Programmen, Niedrigzinsen und sinkende Renditen aus den Kapitalmärkten mindern die Erträge für private Vorsorge, betriebliche Absicherungen gibt es vor allem in Großbetrieben. Hinzu kommt: Teilzeitarbeit, Niedriglohn und prekäre Beschäftigung haben zugenommen. Wer aus gesundheitlichen Gründen früher in Rente gehen muss, hat Abschläge hinzunehmen. Wer länger als ein Jahr lang arbeitslos ist, bekommt für die Rente nichts mehr dazu. Und da das Rentenniveau nicht mehr uneingeschränkt der Lohnentwicklung folgt, sinken die Renten im Verhältnis zu den Löhnen. „Wenn Menschen, die jahrelang Beiträge gezahlt haben, am Ende des Lebens nur eine Rente am Rande der Grundsicherung erhalten, bekommen wir ein Akzeptanzproblem“, so Bäcker. „Wir brauchen ein System, das Abstürze verhindert.“

Idee Grundrente

Ein Schritt in die richtige Richtung könnte die Grundrente sein, die Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) im Februar 2019 vorgestellt hat. Die Idee: Versicherte, die mindestens 35 Jahre lang für ein niedriges Einkommen gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, sollen ein Alterseinkommen 10 Prozent über der Grundsicherung erhalten. „Die Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung ist die richtige Antwort, um endlich wieder ein Stück Solidarausgleich herzustellen“, sagt Markus Hofmann, Abteilungsleiter Sozialpolitik beim DGB.

Bedürftigkeitsprüfung?

Hier allerdings liegt der Streitpunkt. Union, FDP und AfD lehnen eine Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung ab und wollen nur diejenigen begünstigen, die nach Anrechnung des gesamten Haushaltseinkommens und Vermögens (über 5.000 Euro) als anspruchsberechtigt gelten. „Doch gerade die Bedürftigkeitsprüfung würde die Betroffenen zwingen, ihre gesamten Einkommensverhältnisse und die ihres Partners offenzulegen“, kritisiert Hofmann, „das wird ihrer Lebensleistung nicht gerecht.“ Auch die Rentenversicherung lehnt die Grundrente mit Bedürftigkeitsprüfung strikt ab. Sylvia Dünn, Geschäftsführerin der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg: „Aus der Versicherungsleistung Rente würde eine Fürsorgeleistung, ein absoluter Systembruch. Wir haben weder die Strukturen, um eine solche Prüfung durchzuführen, noch halten wir sie für richtig.“

Für Rentenforscher Bäcker ist die Grundrente nur ein Baustein einer zukunftsfähigen Alterssicherung. Der Zweite: das Rentenniveau wieder an die Lohnentwicklung koppeln. Auf Druck der SPD wurde jetzt immerhin bis 2025 eine „Haltelinie“ gesetzlich festgeschrieben, das heißt, die weitere Absenkung ist erst einmal gestoppt. Doch langfristig gehe es nicht ohne einen dritten Schritt: alle Erwerbstätigen in ein solidarisches System der Alterssicherung aufnehmen, Selbstständige, berufsständisch Versicherte und letztlich auch Beamtinnen und Beamte.

Anja Dilk,
freie Journalistin

***Als armutsgefährdet gilt nach Definition der Europäischen Union, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoeinkommens zur Verfügung hat.**

Wie funktioniert die Rente? Die drei größten Irrtümer

Irrtum 1

Die letzten Jahre vor der Rente sind besonders wichtig.

Nein, die Rentenhöhe resultiert aus dem gesamten Versicherungsleben. Für Zeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung gibt es Entgeltpunkte, für Erwerbstätigkeit ebenso wie etwa für Kindererziehung. Alle Entgeltpunkte sind Rentenbausteine, aus denen man sich bis zum Ruhestand ein Rentenhaus baut. Wann die Punkte gesammelt wurden, spielt keine Rolle.

Irrtum 2

Das Rentenniveau verrät, wie viel Geld Rentner bekommen.

Falsch. Das Rentenniveau hat nichts mit der individuellen Rentenhöhe oder einer Durchschnittsrente zu tun. Es ist eine abstrakte statistische Messgröße, die prozentual die Rentenhöhe eines Durchschnittsverdienenden nach 45 Jahren Beitragszahlung mit dem Einkommen eines heutigen Durchschnittsverdienenden vergleicht.

Irrtum 3

Zur Rente darf ich hinzuverdienen, ohne dass diese gekürzt wird.

Stimmt nur teilweise. Wer die Regelaltersgrenze von 65 Jahren plus x erreicht hat, darf zu seiner eigenen Altersrente in der Tat unbegrenzt dazuverdienen, ohne dass diese gekürzt wird. Aber: Das gilt nicht für die Hinterbliebenenrente. Und wer neben einer vorzeitigen Altersrente jobbt, muss Abzüge einkalkulieren. Seit Juli 2017 gilt: Übersteigt der Nebenverdienst 6.300 Euro im Jahr, wird der darüber liegende Betrag zu 40 Prozent auf die Rente angerechnet. A. D.

Bald in Rente? Diese Quellen helfen weiter

Berechnen

Berechnen: Die Rente ergibt sich aus der Erwerbsbiografie und dem Lebenslauf, dessen Abschnitte ihre Höhe unterschiedlich stark beeinflussen. Mit dem Online-Rechner der Deutschen Rentenversicherung lässt sich die Bruttorente unverbindlich ermitteln. Mit dem „Rentenbeginn- und Rentenhöhenrechner“ kann man herausfinden, ab wann man in Rente gehen kann und wie sich das auf die Rentenhöhe auswirkt. Es gibt dort auch Rechner für Teilrenten- und Hinzuverdienstgrenzen: **bit.ly/2zrDxUB**

Verstehen

Eine Formel auszufüllen, heißt noch nicht, die Berechnung zu verstehen. Die Broschüre „Rente: So wird sie berechnet“ der Deutschen Rentenversicherung ist eine hervorragende Einführung in die Berechnungssystematik der Altersrente. Aus welchen Bausteinen setzt sie sich zusammen? Wie wird ein Entgeltpunkt bestimmt? Mit welchen Abschlägen muss ich rechnen? Broschüre zum Download: **bit.ly/2meBVdH** (Ostdeutschland); **bit.ly/2lLs1jy** (Westdeutschland)

Beraten

Die Auskunfts- und Beratungsstellen der Deutschen Rentenversicherung beraten kompetent und verbindlich. Alle Versicherten können bei der zuständigen Rentenversicherung kostenlos eine individuelle Rentenauskunft beantragen. Termine gibt es auch online unter **www.deutsche-rentenversicherung.de**.

Entschlüsseln

Die gesetzliche Rentenversicherung ist in Deutschland die wichtigste Säule der Alterssicherung. 53 Millionen Menschen sind gesetzlich versichert, 21 Millionen beziehen derzeit Rente. Aber wie funktioniert das System? Was ist ein Nachhaltigkeitsfaktor? Das Rentenlexikon der Deutschen Rentenversicherung erläutert 350 Begriffe von A wie Abfindung bis Z wie Zuzahlung, erschienen 2019; **bit.ly/2kkBz4I**. Kürzer ist das Renten ABC mit 150 Begriffen, erschienen 2018; **bit.ly/2ma3IM9**.

Diskutieren

Einen guten Überblick über die aktuelle Rentendebatte und die Idee der Grundrente gibt der DGB unter **www.rentenkommission.de**. Die Studie „Anstieg der Altersarmut in Deutschland“ (2019) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) im Auftrag der Bertelsmann Stiftung wagt Zukunftsprognosen für die Rentenentwicklung und diskutiert die Wirkung verschiedener Rentenreformen; **bit.ly/2kf0KFB**. Szenarien zur künftigen Entwicklung zeigt die zwei Jahre ältere Studie „Entwicklung der Altersarmut bis 2036“; **bit.ly/2s7wI9K**.

IMPRESSUM Dialog
Herausgeberin: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt am Main, Telefon 069 78973-0
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Geschäftsführende Redakteurin: Anja Dilk
Redakteurin/Redakteur: Frauke Gützkow, Jürgen Amendt
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel

Was bewegt …

// … Ilona Wilhelm, 69, ehemalige Lehrerin Stadtteilschule Hamburg, seit 2013 in Rente? //

▶ Wie ich meinen Tag beginne.
Ich bin ein Nachtmensch, die erste Stunde unterrichten zu müssen, grenzte für mich an Körperverletzung. Welch ein Luxus ist es jetzt, bis 8.30 oder 9 Uhr schlafen zu können. Alle zwei Tage mache ich Gymnastik, danach gibt es ein langes Frühstück mit Zeitungen auf Papier und Nachrichten online auf dem Handy.

▶ Was mich bildungspolitisch umtreibt.
Die Rahmenbedingungen für Inklusion machen die Kolleginnen und Kollegen kaputt und werden Kindern nicht gerecht. Wann werden sie endlich verbessert? Ich halte es auch für falsch, dass wir nach wie vor Schülerinnen und Schüler nach der vierten Klasse trennen. Wir brauchen eine Schule für alle, damit Kinder aller Bildungsschichten zusammen lernen. Die soziale Entmischung im Schulsystem fördert die Spaltung der Gesellschaft und gefährdet die Bildungsgerechtigkeit.

▶ Was ich mir vorgenommen habe.
Ich unterstütze von ganzem Herzen die Klimabewegung. Wir haben extra eine Mosel-Reise verschoben, um am 20. September beim Weltklimastreik in Hamburg mitmarschieren zu können. Bei der GEW bin ich Mitglied der Betriebsgruppe Ruheständler. Teilhaben, etwas bewegen, das ist mir wichtig. Außerdem betreue ich meine 92-jährige Mutter. Ich reise gerne, habe eine Literaturgruppe, genieße meinen Garten am Ferienhaus an der Schley – was will ich mehr?

A. D.

Foto: Kay Herschelmann

MARLIS TEPE

Weltweit Solidarität erleben

Der 8. Weltkongress der Bildungsinternationale (BI) war für alle Beteiligten eine außerordentlich beeindruckende Tagung. 17 Delegierte, ein Gastdelegierter und ich qua Amt als Vizepräsidentin der BI hatten die Gelegenheit, die Energie dieser Gemeinschaft aufzunehmen und werden diese sicherlich weitertragen. Das Motto des Weltkongresses lautete „Educators and their unions taking the lead“. Klar ist, was gemeint ist: Wir alle in den Bildungsberufen, ob Erzieher*in, Lehrer*in oder Professor*in, in vielen Gewerkschaften auch die Sekretär*in, Hausmeister*in und Busfahrer*in, gehen voran, um Demokratie, Menschen- und Gewerkschaftsrechte sowie Bildung für alle Menschen durchzusetzen. Für uns ist eine Übersetzung dieses Mottos aber nicht so einfach. Mir gefällt: „Bildungsgewerkschaften gehen voran“ oder „Bildungsgewerkschaften übernehmen Verantwortung“.

Wer dabei war, konnte erleben, wie viel Kraft und Stärke es gibt, sich mit Gewerkschaftskolleg*innen aus allen Kontinenten über die globalen Bildungsziele auszutauschen, zu diskutieren, voneinander zu lernen und sich am Schluss zu einigen. Die Energie dieser weltweiten Gemeinschaft, die Kraft der weltweiten Solidarität nehmen alle Delegierten in ihre Länder mit zurück. Es macht alle einzeln stärker und wirkt sich damit auch auf alle Organisationen aus.

Auch wenn die Realität des Alltags in den Bildungsberufen überall sehr unterschiedlich ist, stehen wir doch vor ähnlichen Herausforderungen. Demokratische Rechte, Menschen- und Gewerkschaftsrechte müssen verteidigt, mancherorts erst erkämpft werden. Die Rechte der Frauen und die Rechte der Menschen, ihre eigene Sexualität zu leben, werden in einigen Regionen der Welt gerade ausgebaut, in anderen stark eingeschränkt. Der Austausch zum Themenfeld LSBTI*-Rechte war sehr fachlich und zugleich persönlich geprägt. Für mich war es eine Ehre, diesen Vor-Kongresstag mit meinen Schlussworten beschließen zu dürfen. Ich spannte dabei den Bogen von den Verbrechen gegen sexuelle Minderheiten in der Nazi-Zeit, deren langen Kampf um Anerkennung nach 1945, über die Ehe für Alle bis hin zur Abwicklung der Gender-Studies in manchen Ländern. Der Kampf lohnt sich und muss immer wieder aufgenommen werden. Der Wunsch, uns dabei gegenseitig zu achten und zu stärken – egal, wo wir gerade stehen, war spürbar.

Das Interesse globaler Unternehmen am Bildungsmarkt ist ein Angriff auf das öffentliche Bildungswesen und muss abgewehrt werden. In einigen Ländern hat die Privatisierung schon gesiegt, und der Weg dahin ist für andere wie ein Frühwarnsystem. Insbesondere die Machtspiele der wenigen, sehr mächtigen digitalen Player müssen wir alle im Auge behalten und aufdecken.

Der Weltkongress fordert die Mitgliedsorganisationen nachdrücklich auf, Druck auf ihre Regierungen auszuüben, um geeignete politische, legislative und andere konkrete Maßnahmen insbesondere in folgenden Kernpunkten zu ergreifen:

- Wahrung der Demokratie, der Menschen- und Gewerkschaftsrechte einschließlich des Vereinigungsrechts, der Vereinigungsfreiheit und der Tarifverhandlungen;
- Schutz und Förderung der Profession;
- das Recht auf Freiheit, Gerechtigkeit und Inklusion.

Die BI setzt stark auf die GEW und so hatte ich die Ehre, zu Beginn den Leitantrag und zum Abschluss unseren GEW-Antrag zur Friedenspolitik vorzustellen. Es war eine große Freude zu sehen, dass Redner*innen aller Kontinente mit uns für eine neue Abrüstungsrunde und einstimmig für „Bildung statt Bomben“ votierten.

Die GEW stellte eine gut gemixte Delegation aus allen Bildungsbereichen und unterschiedlichen Altersgruppen, wir waren gut gegendert, wir spürten Anerkennung und Zuspruch und vernetzen uns weiter.

Marlis Tepe,
GEW-Vorsitzende und Vizepräsidentin der Bildungsinternationale

„Haltung zeigen und auf Gerechtigkeit bestehen“

// Mit rund 35 Millionen Besuchern im Jahr zählt Thailand weltweit zu den beliebtesten Reisezielen. Aber nicht um Urlaub zu machen waren zehn Frauen und neun Männer der GEW im Sommer für eine Woche nach Bangkok gereist. Gemeinsam mit 1.400 Delegierten und Gästen von Lehrer- und Bildungsgewerkschaften aus anderen Ländern nahmen sie Ende Juli am achten Weltkongress der Bildungsinternationale (BI) in der thailändischen Hauptstadt teil. Die BI (Education International) vertritt rund 400 Gewerkschaften mit mehr als 30 Millionen Mitgliedern weltweit. //

Foto: Daniel Merbitz

Der Kongress stand unter der Überschrift „Educators and their unions taking the lead“. Er war ein Signal der Geschlossenheit und Ermutigung angesichts weltweit zunehmender Angriffe auf demokratische Rechte und öffentliche Bildung. Die Australierin Susan Hopgood, die in Bangkok für vier weitere Jahre als BI-Präsidentin bestätigt wurde, forderte die Delegierten auf, Verantwortung zu übernehmen: „In einer Zeit, in der die Demokratie durch Despoten bedroht wird und ums Überleben kämpft, haben wir keine Wahl. Wir müssen mit gutem Beispiel vorangehen, indem wir Haltung zeigen und auf Gerechtigkeit bestehen.“ Pädagoginnen und Pädagogen hätten die Pflicht, Unwahrheiten aufzudecken und den Lernenden Fakten zu vermitteln: „Wir müssen gegen Lügen und Dunkelheit kämpfen.“

Nathalie Schäfer, Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten in der GEW (BASS)

Foto: Manfred Brinkmann

„Multinationale Konzerne, die das Grundrecht auf Bildung privatisieren, oder Staatenverbünde, die die Grundfinanzierung für Bildung zurückschrauben, agieren über Grenzen hinweg, deshalb müssen wir Gewerkschaften das auch tun. Hochschulbildung und Forschung können nur dann dazu beitragen, eine bessere Zukunft für die Menschheit aufzubauen, wenn die akademische Freiheit innerhalb eines öffentlichen Hochschulsystems gewährleistet ist.“

Generationenwechsel in der BI

BI-Generalsekretär David Edwards betonte in seinem Rechenschaftsbericht, dass sich die Probleme in den Ländern trotz aller Unterschiede der nationalen Bildungssysteme oft glichen. Zu den wichtigsten Herausforderungen zählte Edwards die zunehmende Privatisierung und Kommerzialisierung von Bildung, eine gesicherte Bildungsfinanzierung, Inklusion und Chancengleichheit sowie Digitalisierung, Migration und Klimawandel. Als großen politischen Erfolg der BI wertete er, dass es gelungen sei, Bildung als eigenständiges Entwicklungsziel in den UN-Nachhaltigkeitszielen zu verankern. Der 44-jährige US-Amerikaner ist erst der zweite Generalsekretär seit Gründung der BI im Jahr 1993 und steht für den Generationenwechsel in der Weltorganisa-

Ralf Becker, Berufsschullehrer, Vorsitzender der GEW-Bundesfachgruppe gewerbliche Schulen

Foto: Daniel Merbitz

„Diese acht Tage in Bangkok haben durch die Gespräche, Eindrücke und Diskussionen des Kongresses für mich „globales Denken“ erfahrbar gemacht. Durch die Arbeit in der Bildungsinternationale können wir auf die Erfahrungen anderer Gewerkschaften zurückgreifen und diese gleichzeitig auf unsere Erfahrungen.“

Tina Breidenich, Bundesfrauenausschuss und GEW-Arbeitsgruppe LSBTI*

Foto: Daniel Merbitz

„Die Beschlüsse der Bildungsinternationale haben die Bedeutung und Stärke der internationalen Solidarität abermals sehr deutlich gemacht. Was für mich und meine inhaltlichen Schwerpunkte weiterhin klar wurde, ist die Notwendigkeit, LSBTI*- und Frauenrechte wachsam in den Blick zu nehmen und weiter voranzutreiben, insbesondere da deren Relevanz aus deutscher Sicht gerne unterschätzt wird."

tion. Edwards hatte das Amt 2018 von seinem langjährigen Vorgänger, dem Niederländer Fred van Leeuwen übernommen. Den Delegierten in Bangkok gegenüber, die ihn als Generalsekretär im Amt bestätigten, gab er sich zuversichtlich und kämpferisch: „Wir bringen

Anne Albers, Lehrerin, GEW Berlin

Foto: Manfred Brinkmann

„Für mich war es wichtig zu sehen, dass die lokalen Probleme in einem globalen Zusammenhang stehen. Die Krise der Demokratien durch den Rechtsruck, die Bedrohung der freien Bildung durch Privatisierung, Arbeitsverdichtung, die mangelnde Repräsentation von Frauen, der Jugend und anderer marginalisierter Gruppen in unseren Organisationen, das sind Themen, die fast alle Gewerkschaften weltweit bewegen. Da über den eigenen Tellerrand zu schauen, war sehr inspirierend. Wichtig finde ich, dass wir eine Resolution zur Dekolonisierung von Bildung beschlossen haben und dass die Young Unionists zukünftig stärker eingebunden werden sollen."

berufliche Professionalität, die Stärke unserer Gewerkschaftsbewegung und den Glauben an soziale Gerechtigkeit zusammen."

Kampf gegen Armut

Ein Höhepunkt des Kongresses war die Rede des Inders Kailash Satyarthi, der 2014 für seinen unermüdlichen Einsatz gegen Kinderarbeit mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Es sei nicht hinnehmbar, dass noch immer 1,3 Milliarden Menschen in Armut leben, davon mehr als die Hälfte jünger als 18 Jahre. „Kinder tragen überall die Hauptlast der Ungleichheit", so Satyarthi. Er forderte mehr Anstrengungen, die UN-Nachhaltigkeitsziele zu verwirklichen, insbesondere Ziel 4, das gute kostenlo-

Hannah Heisterkamp, Leitungsteam der jungen GEW in Nordrhein-Westfalen

Foto: Daniel Merbitz

„Mir ist vor allem der Generationendialog in der Gewerkschaft ein besonderes Anliegen. Und so fand ich es sehr gut, dass beim Kongress der Bildungsinternationale ein Schritt in diese Richtung gemacht worden ist. So gab es zum ersten Mal ein „Young-Members-Roundtable" für alle Kolleginnen und Kollegen, die jünger als 35 Jahre sind."

se Bildung für alle Menschen verspricht. Dafür würden weltweit zusätzlich 69 Millionen qualifizierte Lehrkräfte benötigt. Satyarthi warb um Unterstützung der von ihm ins Leben gerufenen Kampagne „100 Million". Ihr Ziel: die Ausbeutung von Millionen Kindern und Jugendlichen zu beenden und dafür zu sorgen, dass diese in Freiheit und Sicherheit aufwachsen und eine Schule besuchen können.

Zum ersten Mal sind im 27-köpfigen BI-Vorstand mehr Frauen als Männer vertreten, darunter auch Marlis Tepe. Die GEW-Vorsitzende wurde in Bangkok erneut zur BI-Vizepräsidentin für Europa gewählt. BI-Präsidentin Hopgood freute

Frauke Gützkow, GEW-Vorstandsmitglied Frauenpolitik

Foto: Manfred Brinkmann

„Bewegend und berührend waren für mich vor allen Dingen Gespräche in kleineren Tischrunden während der Breakout-Sessions und der Vorparlamente. Zum Beispiel eine Vertiefung zum Thema Privatisierung und Kommerzialisierung und deren Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, die überwiegend Frauen sind. Auch die Diskussion über sexuelle Übergriffe innerhalb der Bildungsgewerkschaften war sehr bewegend."

sich über das Wahlergebnis: „Wir treten in den Gewerkschaften, in Unternehmen und Institutionen immer für die Gleichstellung der Geschlechter ein. Der Kongress hat eine sehr starke Botschaft gesendet, indem er 15 Frauen und 12 Männer in die Führung der Organisation wählte. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit und die Weiterentwicklung der BI in den nächsten vier Jahren."

Manfred Brinkmann,
Referent für Internationales, GEW-Hauptvorstand

Tony Schwarz, stellvertretender Vorsitzender der GEW Hessen

Foto: Daniel Merbitz

„Als Hauptbotschaft nehme ich von dem Kongress mit, dass es nicht zum Besten bestellt ist um unsere Gesellschaft. Gut war es da jedoch, direkt zu erleben, wie engagiert, kämpferisch und ungebrochen international die Bildungsgewerkschaften aktiv sind. Sie führen durchaus nicht nur Abwehrkämpfe, sondern haben auch progressive Erfolge erzielt. Das motiviert für die eigene Arbeit."

Grundlage einer funktionierenden Demokratie

// In diesem Jahr können wir zwei schulpolitisch relevante Jubiläen feiern: 100 Jahre Grundschule und 10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention. Das ist Anlass, die verdrängte und tabuisierte Schulstrukturfrage wieder in den Fokus zu rücken. //

Die Gründung der verpflichtenden Grundschule vor 100 Jahren hing eng mit der sich entwickelnden Demokratie der Weimarer Republik zusammen. Die Kriegserfahrungen, die Menschen aller Schichten zusammenbrachten, sowie die Überwindung des Kaiserreiches mündeten im Bereich der Bildung in Forderungen nach einem demokratischen Schulsystem, das schließlich in die am 14. August 1919 verkündete Weimarer Verfassung Eingang fand.

Der Bund entschiedener Schulreformer, der unter anderem von der Reformpädagogin Hildegard Wegscheider und ihren Kollegen Fritz Karsen und Paul Oestreich gegründet wurde, setzte sich damals für eine Einheitsschule für alle Kinder und Jugendlichen bis zum Ende der Volksschulzeit ein. Erklärtes Ziel war, den „Gemeinsinn" in der Demokratie zu fördern. Die Schulreformerinnen und -reformer kämpften dabei „gegen den Geist des Militarismus, gegen Völker-, Rassen- und Konfessionsverhetzung, gegen alle Ungerechtigkeiten sozialer Privilegierungen und willkürlicher Machtansprüche".*

Das gemeinsame Lernen aller Kinder wurde als Grundbaustein einer funktionierenden Demokratie gesehen. Schon früh wandten sich konservative Kräfte – wie der Berliner Bund der Philologen – gegen diese Überlegungen. Sie setzten auf Elitebildung und eine Wahrung der Schichtgrenzen. So ist die vierjährige Grundschule Erfolg und Misserfolg zugleich. Ein Erfolg, da zumindest eine verpflichtende Grundschule für Kinder aller gesellschaftlichen Schichten geschaffen wurde. Ein Misserfolg, weil das gemeinsame Lernen aller Kinder bis zum Ende der Volksschulpflicht nicht erreicht werden konnte.

Legitimation sozialer Auslese

Bis das Ziel eines vollständig demokratischen und gerechten Schulwesens erreicht wird, ist es folglich noch immer ein weiter Weg. Die Chance, nach der Wende im geeinten Deutschland nach neuen Wegen einer gemeinsamen Schulreform zu suchen und auch positive Aspekte der Oberschule der DDR aufzunehmen, wurde verpasst. Das Westsystem in seiner Widersprüchlichkeit und mit seiner sozialen Selektionsfunktion wurde ohne Veränderung auf die neuen Bundesländer übertragen.

Nach wie vor hat die Grundschule deshalb die höchst widersprüchliche Aufgabe, einerseits alle Kinder individuell zu fördern und sie andererseits auf ein hierarchisch gegliedertes Schulsystem vorzubereiten. Ihre Aufgabe erfüllt sie unter den Bedingungen einer chronischen Unterfinanzierung, die oft mit schwierigen Arbeitsbedingungen einhergeht.

Nichtsdestotrotz ist die Grundschule im internationalen Vergleich die Schulform in Deutschland, die in puncto Lernzuwachs und Bildungsgerechtigkeit die größten Erfolge erzielt. Dies hängt auch mit dem hohen Engagement und dem Berufsethos der Lehrkräfte zusammen.

Die besondere Bedeutung einer entwicklungsbezogenen Grundschulpädagogik findet leider in der öffentlichen Wahrnehmung viel zu wenig Beach-

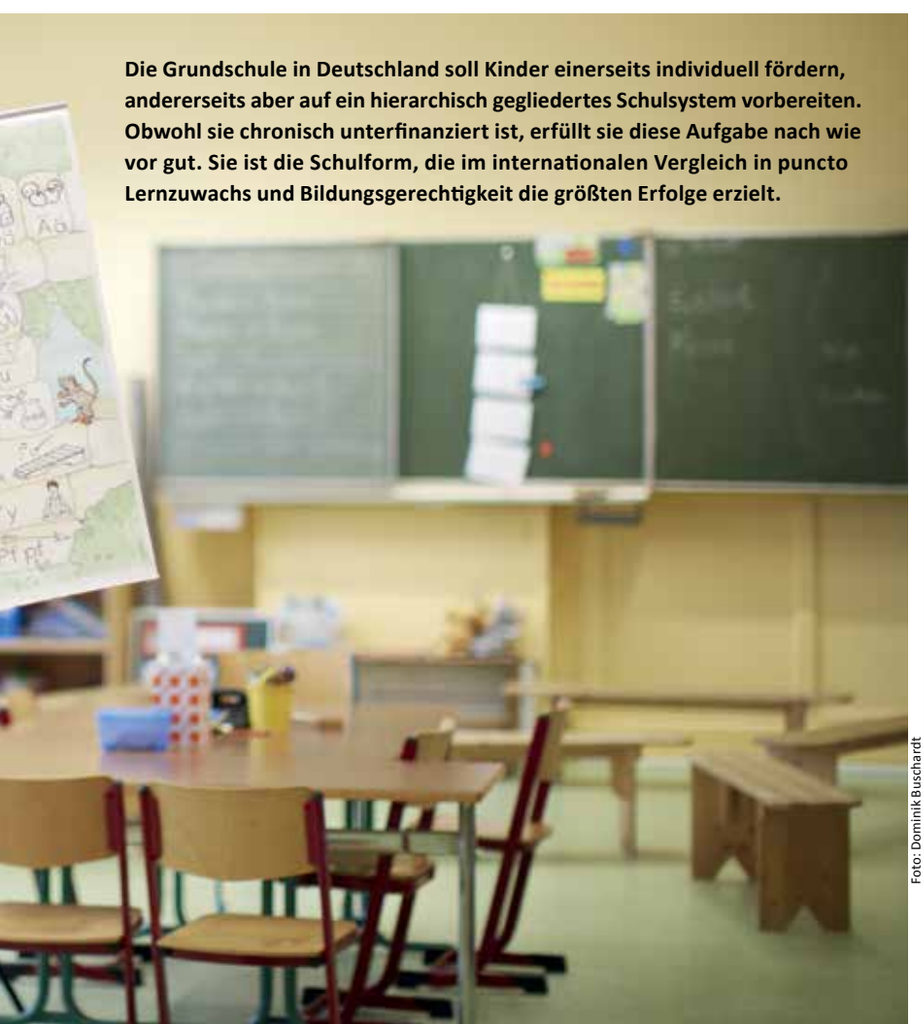
tung. Das hundertjährige Jubiläum ist eine gute Gelegenheit, sich auch in der Politik näher mit dieser Schulform und ihren Leistungen zu beschäftigen.

Die Grundschule blieb nicht nur aufgrund ihrer verkürzten Dauer eine halbe Reform. Schon vor ihrer Gründung wurden in vielen deutschen Ländern Hilfsschulen für sogenannte schwach begabte Schülerinnen und Schüler eingerichtet. Diese Entwicklung fiel mit der zunehmenden Industrialisierung und der Verarmung breiter Bevölkerungsschichten zusammen. Viele Kinder von Tagelöhnern und Fabrikarbeitern befanden sich damals in einem schlechten Gesundheitszustand.

In den Überlegungen der Hilfsschulgründer spielten diese sozialen Hintergründe allerdings keine Rolle. Stattdessen wurden die sozialen Unterschiede – im Sinne des Ständedenkens – als vorbestimmtes Schicksal gesehen. Dieser Blickwinkel übertrug sich auch auf das Begabungskonzept, das nach dem Ende des Kaiserreiches an die Stelle des Ständedenkens trat. Mithilfe von Intelligenztests wurde den betroffenen Kindern nun eine „Minderbegabung“ bescheinigt und damit ihre soziale Auslese legitimiert. Dass diese nicht in erster Linie dem Wohl der Kinder, sondern eher der Entlastung der allgemeinbildenden Schulen dienen sollte, zeigte sich überdeutlich in der Zeit des Nationalsozialismus. Sonderpädagogische Diagnostik diente hier als Hilfsinstrument der „Rassenhygiene“.

Herausforderung Inklusion

Kinder mit medizinisch nachweisbaren Behinderungen wurden auch nach der Gründung der allgemeinen Grundschule nicht schulpflichtig. Sie konnten private oder staatliche Einrichtungen für Sinnesbeeinträchtigte oder körperlich Behinderte besuchen. Im Nationalsozialismus hatten sie kein Recht auf einen Schulbesuch. Die entsprechenden Schulen wurden geschlossen, unzählige Kinder und Jugendliche ermordet. Kinder mit geistigen Behinderungen hatten im Westen bis in die 1970er-Jahre und im Osten bis zur Wende „schulfrei“. Die Einführung der Schulpflicht auch für diese Mädchen und Jungen führte zur Gründung entsprechender Sonderschulen.



Die Grundschule in Deutschland soll Kinder einerseits individuell fördern, andererseits aber auf ein hierarchisch gegliedertes Schulsystem vorbereiten. Obwohl sie chronisch unterfinanziert ist, erfüllt sie diese Aufgabe nach wie vor gut. Sie ist die Schulform, die im internationalen Vergleich in puncto Lernzuwachs und Bildungsgerechtigkeit die größten Erfolge erzielt.

Foto: Dominik Buschardt

Deutschland gehörte lange zu den Ländern mit dem am stärksten ausdifferenzierten System an Sondereinrichtungen. Hierzulande tut man sich oft noch schwer mit der rechtlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen. Deshalb war die Unterzeichnung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) durch die Bundesregierung, die am 26. März 2009 hierzulande in Kraft trat, für viele eine echte Herausforderung. Denn sie fordert ein inklusives Schulsystem und wendet sich dagegen, dass Kinder mit Behinderungen aus dem allgemeinen Schulwesen ausgeschlossen werden. Stattdessen geht sie von einem gemeinsamen Schulsystem für alle aus.

Zehn Jahre sind nun seit der Ratifizierung der UN-BRK vergangen. Schulgesetze wurden geändert und in vielen Bundesländern Strukturen verändert. Das geschah jedoch meist halbherzig und ohne Bereitstellung der notwendigen personellen und materiellen Ressourcen. Auch die inklusive Reform der Lehrerbildung ist bei weitem nicht flächendeckend umgesetzt.

Die GEW wird weiter den Finger in die Wunde legen. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die eine inklusive Schule für alle Kinder und Jugendlichen endlich überall Realität wird.

Besonders in einer Zeit, in der in vielen Staaten autoritäre Führer nach der Macht greifen, Minderheiten diskriminiert und ausgegrenzt werden und auch in Deutschland antidemokratische Tendenzen zunehmen, müssen wir dringend das Fundament einer lebendigen Demokratie stärken: die inklusive, demokratische Schule – verstanden im Sinne eines solidarischen Miteinanderlernens aller Kinder und Jugendlichen und einer fortgesetzten Übung in Toleranz und gegenseitigem Verständnis.

Ilka Hoffmann,
GEW-Vorstandsmitglied Schule

***vgl. Wolfgang Scheibe: Die reformpädagogische Bewegung: Eine einführende Darstellung. Beltz Taschenbuch, Weinheim/Basel, 1999, S. 319**

Schule der Zukunft

// Im September 2019 feierte die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule (GGG) ihren 50. Geburtstag. 1968 wurde in Westberlin die erste Gesamtschule auf dem Gebiet der BRD eröffnet, ein Jahr später folgten Einrichtungen in Frankfurt am Main, in Hamburg und an einigen Orten Nordrhein-Westfalens. Die Gesamtschule hat aber nicht nur eine Vergangenheit, sie hat auch eine Zukunft. //

Im Jubiläumsjahr 2019 der GGG erschien ein neues Buch von Andreas Schleicher, dem Koordinator der PISA-Studien bei der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD). Es trägt den pointierten Titel: „Weltklasse“ und heißt im seriöseren Untertitel „Schule für das 21. Jahrhundert gestalten“.

Besonders bemerkenswert sind Schleichers Ausführungen zur Schulstruktur. Er schreibt: „Im Hinblick auf die Einteilung der Schülerinnen und Schüler in verschiedene Bildungsgänge und Leistungsgruppen gibt es zwischen den Ländern erhebliche Unterschiede. Die PISA-Ergebnisse zeigen, dass keines der Länder, die eine starke Aufteilung und Gruppierung der Schüler entsprechend ihren Fähigkeiten vornehmen – sei es durch die Verteilung auf unterschiedliche Schultypen oder -zweige oder durch Klassenwiederholungen –, zu den leistungsstärksten Bildungssystemen bzw. den Systemen mit dem höchsten Anteil an besonders leistungsstarken Schülerinnen und Schülern zählt. Am besten schneiden die Bildungssysteme ab, die allen Schülerinnen und Schülern gleiche Lernmöglichkeiten bieten (...) Heute ist es nicht nur sozial ungerecht, sondern auch wirtschaftlich höchst ineffizient, Schulsysteme auf der Basis von Exklusion zu organisieren. Bildungsgerechtigkeit und Inklusion sind in einem modernen Bildungssystem und einer modernen Gesellschaft unerlässlich.“ (Schleicher 2019, S. 69)

Wie man dem Schleicher-Buch entnehmen kann, ist die Gesamtschule heute weltweit etabliert, außer in Deutschland und Österreich. In Deutschland ist die Situation der Gesamtschule widersprüchlich. Zum einen erhält sie immer mehr Anmeldungen, meist sogar mehr als sie aufnehmen kann. Auch haben Gesamtschulen mehrfach den Deutschen Schulpreis gewonnen, zweimal sogar den Hauptpreis, häufiger als Gymnasien. Andererseits gerät sie vielerorts, vor allem in mittelgroßen Städten, zur Restschule, wenn die Hauptschulen verschwinden, die Eltern die Realschule vorziehen und die Gesamtschule zur Ersatzschule für die Hauptschule zu werden droht. Das ist eine betrübliche Situation, zumal die Gesamtschulen dann auch noch die Hauptlast bei der Integration geflüchteter Kinder und Jugendlicher tragen.

Die nach dem Bauhaus-Architekten Walter Gropius benannte Schule im Stadtteil Gropiusstadt in Berlin-Neukölln war 1968 die erste Gesamtschule in der Bundesrepublik. Bei ihrer Eröffnung trug sie noch den Namen Gesamtschule Britz-Buckow-Rudow. Die Schule war Teil eines Gesamtkonzepts für die Trabantensiedlung und diente als Vorbild für weitere Gesamtschulen.

Foto: ©Landesdenkmalamt Berlin, Wolfgang Bittner

Es könnte aber auch sein, dass sich die Gesamtschule gerade in einer sogenannten Kairós-Situation befindet, die Fortschritte ermöglicht. Den Begriff „Kairós“ hat um das Jahr 400 v. Chr. herum der griechische Historiker Thukydides geprägt. Kairós bezeichnet den „rechten Zeitpunkt“. Für Kairós gilt die populäre Wendung: Erkenne den rechten Zeitpunkt. Das Substantiv Kairós bedeutet auch „günstiger Zeitpunkt“ (für eine Entscheidung) oder „entscheidender Augenblick“. Diese Situation ist von einer „Großen Transformation“ (Karl Polanyi) geprägt. Zu nennen sind hier die Entwicklung der Wissensgesellschaft, vor allem aber die Digitalisierung von Arbeit und Alltag.

Das Lernen wird sich ändern

Die „Große Transformation“ betrifft auch die Schule. Zum Beispiel ist die sogenannte Strukturreform zu verstehen als Transformation eines mehrgliedrigen Schulsystems zu einem zweigliedrigen System. Dieses behält allerdings die Selektion bei, weshalb die Forderung nach einem Schulsystem, „das allen Schülerinnen und Schülern gleiche Lernmöglichkeiten bietet“ (Schleicher), egal, ob man die Schulen Gesamt-, Gemeinschafts- oder Einheitsschule nennt, unerfüllt bleibt.

Zudem ist eine durchaus „Große Transformation“ des Unterrichtens und des Lernens im Gange. Davon zeugt das Reden von Learning Analytics/maschinellem Lernen, von „Flipped Classrooms“* oder von der Abschaffung des Klassenraums, von selbstgesteuertem, aber auch von durch Algorithmen gesteuertem Lernen, von Individualisierung und Personalisierung. Das alles sind Chancen und zugleich Gefährdungen, auf jeden Fall sind es aber disruptive Prozesse, die das schulische Lernen grundlegend verändern.

Wenn sich die allgegenwärtige Forderung „Pädagogik statt Technik“ und personalisiertes Lernen im Sinne ganzheitlicher Persönlichkeitsbildung tatsächlich durchsetzen ließe, könnte die „Große Transformation“ eine Gelegenheit für die fällige Gesamtschulreform bieten: Personalisierung im Sinne digital gestützten Lernens und Lehrens ermöglicht nicht nur selbstgesteuertes Lernen, sondern kann Schulformen und -arten vielleicht sogar überflüssig machen. Dann hat sich die „Schulstrukturdebatte“, die eine Schulformdebatte ist, von selbst erledigt.

Was die jetzigen Schultypen und -zweige betrifft, geht es im Übrigen gar nicht um die Abschaffung des Gymnasiums, sondern um die „Aufhebung“ des Gymnasiums im Hegelschen Sinne, um das, was das Aufhebenswerte des Gymnasiums ausmacht, zum Beispiel Bildungsorientierung und Wissenschaftspropädeutik, tatsächlich aufzuheben, das heißt für alle Schülerinnen und Schüler erwerbbar zu machen.

Aber vergessen wir nicht: Nichts wird einem geschenkt. Man muss es sich zusammen mit anderen erkämpfen.

Hans-Günter Rolff,
Erziehungswissenschaftler und
emeritierter Professor für Schulpädagogik
der Universität Dortmund

Andreas Schleicher (2019), Weltklasse: Schule für das 21. Jahrhundert gestalten. Bielefeld: wbv Publikation
***„Flipped Classroom“ („Umgedrehter Unterricht“) bezeichnet eine Unterrichtsmethode des integrierten Lernens, in der die Hausaufgaben und die Stoffvermittlung vertauscht werden.**
Die Lerninhalte werden zu Hause von den Lernenden erarbeitet (Stoffvermittlung), die Anwendung (Übung) geschieht im Unterricht.

Foto: Thomas Mayer

Zu den jüngsten Gesamtschulen in Deutschland gehört die Integrierte Gesamtschule (IGS) Kalbach-Riedberg in Frankfurt am Main. Eine Schule im Aufbau – bisher lernen hier nur die 5. und 6. Jahrgangsstufe. Derzeit ist die Schule in Holzmodulen untergebracht; 2021 soll der Neubau bezugsfertig sein.

Cartoon: Freimut Woessner

Zuviel Autonomie kann schädlich sein

// **Der Erziehungswissenschaftler Wieland Wermke (Universität Stockholm) hat mit seinem Kollegen David Paulsrud Lehrkräfte aus Deutschland, Finnland und Schweden nach ihrem Verhältnis zur Autonomie befragt.** //

E&W: Sie haben mit beachtlichem Aufwand die Autonomie von Lehrkräften in drei Ländern untersucht. Warum ist dieses Thema so wichtig?

Wieland Wermke: Zum einen wird, insbesondere in Schweden, intensiv diskutiert, inwieweit Lehrkräfte ihren Unterricht selbst gestalten können. Zum anderen zeigt die internationale Debatte nicht zuletzt dank des neuseeländischen Bildungsforschers John Hattie*, dass es für guten Unterricht letztlich auf die einzelne Lehrkraft ankommt. Also schien uns wichtig, einmal zu vergleichen, wie unterschiedliche Länder das Verhältnis des Staates zu den Lehrkräften regeln, mit anderen Worten, wie es um die Autonomie der Lehrkräfte in den drei untersuchten Ländern bestellt ist.

E&W: Ist unter „Autonomie" nur die Frage zu verstehen, ob eine Lehrkraft ihren Unterricht frei gestalten kann?

Wermke: Nein, Autonomie zeigt sich in mehreren Dimensionen: in der angesprochenen pädagogischen, aber auch in einer sozial-erzieherischen, ebenso bei Fragen von Fortbildung und Schulentwicklung. Insofern bezieht sie sich sowohl auf die einzelne Lehrkraft wie auf das Schulkollegium. Und: Einerseits ist Autonomie eine wichtige Voraussetzung, damit Unterricht stattfinden kann. Andererseits ist sie nicht einfach positiv besetzt, nach dem Motto: je selbstbestimmter, desto besser.

E&W: Sondern?

Wermke: Wir wollten herausfinden, wie Staat Schule steuert. Autonomie ist ein analytischer, wertneutraler Begriff. Wir haben Lehrkräfte auch nicht gefragt, wie autonom sie sind. Sondern: welche wichtigen Entscheidungen in der Schu-

le getroffen werden müssen, wer diese trifft und wer sie kontrolliert.

E&W: Und was haben Sie für Deutschland herausgefunden?

Wermke: Im Unterricht erleben sich Lehrkräfte als sehr unabhängig; dort benötigen sie ja auch eine hohe Autonomie, um die Komplexität der Interaktionen in der Klasse zu bewältigen. Geht es um die soziale Dimension, etwa um sozial- oder sonderpädagogische Maßnahmen, sagt die Mehrheit, diese würden vom Kollegium und mit der Schulleitung getroffen. Solche Entscheidungen – denken Sie nur an Schulverweise – sind ja häufig extrem risikobehaftet; trifft eine Lehrkraft sie allein, muss sie auch die Konsequenzen allein tragen. Das macht deutlich: Lehrkräfte sind gar nicht gut beraten, auf möglichst viel individuelle Autonomie zu bestehen.

E&W: Haben Sie in Unterrichtsfragen das Klischee der „Black Box Klassenzimmer", von dem niemand weiß, was darin geschieht, bestätigt gefunden?

Wermke: Nein. Laut unseren Daten ist der Austausch mit Kolleginnen und Kollegen eher Regel als Ausnahme. Sehr vieles wird zudem in Konferenzen vom Fachbereich oder dem gesamten Kollegium beschlossen. Richtig ist allerdings, dass Lehrkräften gemeinsame Beschlüsse unterschiedlich wichtig sind – und dass die „kollegialeren Entscheidungstypen" sich an ihrem Arbeitsplatz etwas besser fühlen. Insgesamt ist das Klassenzimmer schon deswegen keine Black Box, weil die Schülerinnen und Schüler eine wesentliche Kontrollinstanz sind.

E&W: Was bedeutet das?

Wermke: Danach gefragt, wer ihre Entscheidungen kontrolliert, nennen Lehrkräfte zwei Gruppen: erstens Schüler und Eltern, professionstheoretisch also „die Klienten"; zweitens die Schulleitung. Wer die stärkere Kontrolle ausübt, hängt von der Schulstufe ab: In der Primarschule steht die Leitung an erster

Foto: privat

Wieland Wermke

Stelle, in der Sekundarschule Schüler und Eltern.

E&W: Die Bildungsbehörden werden nicht als Kontrollinstanz gesehen?

Wermke: Sie werden so gut wie nicht genannt; das hat uns auch überrascht. Vermutlich – das ist jetzt eine Interpretation – sind sie von der Schule zu weit weg, um als kontrollierend empfunden zu werden. Das setzt wiederum die Schulleitung erheblich unter Druck: Ihr werden auch Entscheidungen zugeordnet, die sie schlicht auf Geheiß der Verwaltung umsetzt. Das ist eine Erkenntnis, die für alle drei Länder gilt. So auch für Schweden, wo das System Schule in den vergangenen Jahren mit weit stärkeren Umstrukturierungen konfrontiert wurde als in Deutschland. Das gilt für die Einführung von Maßnahmen wie Vergleichstests und Schulinspektionen, aber auch hinsichtlich der eingeführten Marktregulierung. Heute ist die Schulwahl hier völlig frei, die Privatisierung uneingeschränkt – sogar das Gehalt verhandelt die einzelne Lehrkraft selbst. Was die Autonomie angeht, ist eine paradoxe Situation entstanden: Die Lehrkräfte sind so autonom in ihren Entscheidungen, dass sie sich überhaupt nicht mehr als autonom empfinden. Einfach weil der Druck so immens ist, dass sie nicht die Zeit haben, all die Entscheidungen zu treffen, die von ihnen erwartet werden.

E&W: Was haben Sie mit Blick auf das als vorbildhaft geltende Finnland herausgefunden?

Wermke: Weitgehend hat sich das Narrativ der zufriedenen, selbstständigen Lehrkraft bestätigt – allerdings unter anderem aus einem illustren Grund: Finnische Lehrkräfte sind in ihren Entscheidungen kaum autonomer als deutsche, sie fühlen sich aber so. Das dürfte auch mit einem Echoeffekt zu tun haben: Wer etwas ständig hört, glaubt es schließlich selbst. Deutlich wurde aber auch, dass sich Lehrkräfte in Finnland sehr gut auf ihr Kerngeschäft – den Unterricht – konzentrieren können. Anders als in Deutschland gibt es ein ausgebautes Unterstützungssystem von Sonder- und Sozialpädagogen, das sofort aktiv wird, wenn es nötig ist. Das macht deutlich: Für Autonomie braucht es Ressourcen – und Strukturen, die dafür sorgen, dass Lehrkräfte nicht „aufgefressen" werden.

Interview: Jeannette Goddar,
freie Journalistin

Wieland Wermke, David Paulsrud: „Autonomie im Lehrerberuf in Deutschland, Finnland und Schweden"; Waxmann Verlag 2019, 133 Seiten. Für die Studie wurden in Deutschland 7.000, in Finnland 1.580 und in Schweden 700 Lehrkräfte befragt. Die GEW unterstützte das Vorhaben; alle Befragten in Deutschland sind GEW-Mitglieder.

***John Hattie: Lernen sichtbar machen. Überarbeitete deutschsprachige Ausgabe von Wolfgang Beywl und Klaus Ziere, Schneider-Verlag 2013**

Beamtendarlehen 10.000 € -120.000 €
Vorteilszins für den öffent. Dienst
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig
2,50% echter Vorteilszins effektiver Jahreszins
Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484.- €
Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.
SUPERCHANCE um teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.
Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen
Exklusivzins sehr gut
AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel: (0621) 178180-0
info@ak-finanz.de
www.AK-Finanz.de

Ja zur Spritze, nein zur Pflicht

// Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) will Impfen mit Strafen erzwingen. Fachleute sind allerdings skeptisch, ob dadurch der Immunschutz gegen Krankheiten wie die Masern verbessert werden kann. //

Es beginnt mit leichtem Fieber, Schnupfen und trockener Husten können dazukommen. Wenn das Fieber steigt und sich hinter den Ohren ein roter Hautausschlag zeigt, ist die Diagnose klar: Masern. Eine Impfung verhindert die Infektion, die meist im Kindesalter auftritt. Eine flächendeckende Immunisierung könnte die Krankheit ausrotten. Aber über die Frage, ob die Spritze zur Pflicht werden soll und welche Rolle Kitas und Schulen dabei spielen, tobt ein heftiger und teilweise ideologischer Streit. Auch in der GEW herrscht keine einheitliche Meinung. Trotz Bedenken von Fachleuten legte Gesundheitsminister Spahn im Juli einen erweiterten Gesetzentwurf vor, der den Masernschutz mit Bußgeldern und Nachweisen erzwingen will.

Die erste Spritze gegen Masern, Mumps und Röteln erhalten 97 Prozent der Kinder eines Jahrgangs – nur 93 Prozent werden erneut geimpft. Damit rutscht der Grad der „Durchimpfung" unter 95 Prozent. Doch erst ab diesem Wert lässt sich eine Krankheit ausmerzen.

Foto: mauritius images/Yanadjana/Alamy

Bußgelder für Nichtimpfen

Masern entstehen durch das „Trennungstrauma, wenn die Kinder in die Kita kommen", durch Impfungen würden Kinder autistisch – wer im Internet zum Thema recherchiert, stößt schnell auf Thesen, die weit vom wissenschaftlichen Stand entfernt sind. Der ist nämlich eindeutig: „Masern sind eine gefährliche Infektionskrankheit, die sich mit einem gut verträglichen Impfstoff vermeiden lässt", heißt es in einer Stellungnahme des Deutschen Ethikrats von Ende Juni. Auch ärztliche Vereinigungen weisen darauf hin, dass Todesfälle durch Masern nachgewiesen sind, Todesfälle durch Impfungen jedoch nicht.

So scheint Spahns Vorstoß einleuchtend: Damit „Kinder wirksam vor Masern geschützt werden", soll die Impfung zur Pflicht werden. Im Juli beschloss das Kabinett, dass Eltern ab kommenden März bis zu 2.500 Euro Bußgeld zahlen müssen, wenn die Immunisierung fehlt. „Nichtgeimpfte Kinder können vom Besuch des Kindergartens ausgeschlossen werden. Nichtgeimpftes Personal darf in Gemeinschafts- oder Gesundheitseinrichtungen keine Tätigkeiten aufnehmen", teilt das Ministerium mit. Kitas und Schulen sollen die Impfpässe oder Atteste prüfen. Doch es gibt Bedenken, pädagogische wie medizinische.

„Dass pädagogisches Personal so eine Kontrollfunktion ausübt, ist ein No-Go", sagt Björn Köhler, im GEW-Vorstand für den Bereich Kita verantwortlich. „Das Verhältnis zu Eltern baut auf Vertrauen auf, Kontrollen durch das Kita-Personal können der Erziehungspartnerschaft zuwiderlaufen." Zudem bestehe ein „Recht des Kindes auf Bildung" bereits im Vorschulalter. So steht die Gewerkschaft zum Masernschutz, hält aber wenig von der Pflicht.

Impfzwang habe sich nicht bewährt, lautete ein Fazit der 6. Nationalen Impfkonferenz, die im April in Hamburg stattfand. Frankreich und Italien hätten trotz der Pflicht zum Pieks schlechtere Quoten als Deutschland, und eine staatliche Verordnung könnte die Skepsis vergrößern. Ole Wichmann, Impfexperte des Robert-Koch-Instituts, erklärte, warum er die Idee für „nicht sinnvoll" hält: Heute seien die meisten Kleinkinder geimpft, während es bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen Lücken gebe. Statt die Kleinsten zu kontrollieren, sollten die Großen aufgeklärt werden.

Der Ethikrat verweist auf moralische und juristische Fragen nach körperlicher Unversehrtheit und Elternrechten und gibt zu bedenken, dass es eine Einschränkungen der Berufsfreiheit bedeutet, wenn vor dem Job eine Impfung als Hürde steht.

Kita-Experte Köhler nennt noch ein praktisches Problem: „Wer als Kind Masern hatte, ist zwar immun, müsste diesen Status aber nachweisen." Dazu müsste eigens eine Untersuchung stattfinden. Wer die Kosten dafür trägt, gehört zu den offenen Fragen.

Ja zum Schutz, nein zum Zwang, sagt auch die Elternschaft: „Die allermeisten Mütter und Väter lassen ihre Kinder impfen. Es gibt einen breiten Konsens, dass Masernschutz einen hohen Rang hat“, sagt Katharina Queisser, eine Sprecherin der Bundeselternvertretung der Kinder in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege. Die Zahl „radikaler Gegner“ schätzen sie und Co-Sprecherin Katja Wegner-Hens auf „2 bis 4 Prozent“.

Ähnliche Zahlen nennt die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BgZA): Die erste Spritze gegen Masern, Mumps und Röteln erhalten 97 Prozent der Kinder eines Jahrgangs – nur 93 Prozent werden erneut geimpft. Damit rutscht der Grad der „Durchimpfung“ unter 95 Prozent. Doch erst ab diesem Wert lässt sich eine Krankheit ausmerzen.

Allerdings verweigert nur eine sehr kleine Gruppe der Eltern die zweite Spritze bewusst. Meist wird diese Impfung verschoben, vergessen oder aus medizinischen Gründen zurückgestellt: „Meine eigenen Kinder sind besonders empfindlich, also verlängern wir auf Rat des Arztes die Spanne zwischen den Impfungen“, sagt Wegner-Hens. Eine Verschiebung auf ärztlichen Rat wird laut Kabinettsbeschluss weiter möglich sein, dennoch sehen die Eltern ein Grundproblem: „Wenn das Kind bei der Anmeldung die erste Impfung hat, welche Erzieherin wird und darf prüfen, ob der zweite Termin stattgefunden hat?“, fragt Queisser. Fände eine solche Überprüfung statt, sei es aber undenkbar, ein bereits aufgenommenes Kind wegzuschicken: „Schließlich geht es um Beziehungsaufbau.“

Mehr Aufklärung

Erstmal gelassen zu bleiben, rät Erni Schaaf-Peitz. Seit fast 40 Jahren leitet sie eine kommunale Kita in Rheinland-Pfalz. Masern hat sie als Kind gehabt, ihre eigenen Kinder haben die Krankheit noch als „normal“ durchlebt. Inzwischen hat sie seit Jahren keinen Fall mehr gesehen – bundesweit erkrankten zuletzt im Jahr rund 400 Menschen, 2002 waren es noch rund 4.600.

Die Erzieherin plädiert für „Sachlichkeit und Aufklärung“: Eltern müssten sich in ihren Sorgen ernst genommen fühlen. „Das ist eine Frage der Haltung in der Kita – wie geht man um mit solchen Themen?“ Eine Kontrolle durch die Einrichtung lehnt auch sie ab. „Ich wünsche mir eine neutrale und fachliche Beratung durch die Gesundheitsämter.“ Wichtig sei zudem, dass regelmäßig an die zweite Impfung erinnert werde.

Im Herbst muss der Spahn’sche Gesetzentwurf den Bundestag passieren. Möglich, dass sich dann noch etwas am Wortlaut ändert. Schließlich, sagt ein Berliner Bonmot, kommt kein Gesetz so aus dem Parlament heraus, wie es hinein gekommen ist.

Esther Geißlinger,
freie Journalistin

STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

Weihnachtsoratorium in Leipzig

Thomanerchor und Gewandhausorchester präsentieren Bach

3-tägige Musikreise vom 13.12.-15.12.2019 (3. Advent)

ab € 498,-
p. P. im DZ
EZ-Zuschlag ab € 90,- p. P.

Erleben Sie das vorweihnachtliche Leipzig und seien Sie dabei, wenn der Thomanerchor und das weltberühmte Gewandhausorchester in der Leipziger Thomaskirche, der historischen Wirkungsstätte Johann Sebastian Bachs, das Weihnachtsoratorium präsentieren. Tauchen Sie weiter ein in die Welt der Kunst und Musik und besuchen Sie das Museum der bildenden Künste und lassen Sie sich im Wohn- und Sterbehaus Felix Mendelssohn Bartholdys Leben und Werk des berühmten Komponisten und Gewandhauskapellmeisters näher bringen.

Das beinhaltet unsere Reise

- 2 Übernachtungen inklusive Frühstück im Seaside Park Hotel Leipzig (****), oder gleichwertig
- ca. 3-std. Stadtführung durch Leipzig
- Eintritt Museum der bildenden Künste inkl. Führung
- Eintritt Mendelssohn-Haus inkl. Kammerkonzert und Führung
- Karte Weihnachtsoratorium Kat. 4
- ts|medialog-Reisebegleitung (ab 10 Teilnehmern)

Wunschleistungen

- Konzertkarte Weihnachtsoratorium
  Aufpreis Kategorie 1: 50,- €
  Aufpreis Kategorie 2: 40,- €
  Aufpreis Kategorie 3: 30,- €
- 1 x Abendessen (3-Gänge-Menü) in „Auerbachs Keller“ (bei mind. 10 Personen) 28,- €

Anreise per Bahn: gerne buchen wir für Sie eine Verbindung zum tagesaktuellen günstigen Preis

Fotos © LTM

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0
Veranstalter: ts|medialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

„Demokraten gesucht!“

// Das Projekt „Comparti“ in Chemnitz unterstützt geflüchtete Menschen dabei, sich in der Gesellschaft zu engagieren. Dafür wurde es mit dem ersten Preis des Bundesausschusses Politische Bildung (bap) ausgezeichnet. //

Es waren dramatische Tage im August vorigen Jahres, nachdem auf dem Chemnitzer Stadtfest mutmaßlich ein Iraker und ein Syrer den jungen Deutschen Daniel H. mit Messerstichen töteten. Tagelang beherrschte ein rechtsextremer Mob die Straßen und die internationalen Schlagzeilen. Auch beim Verein AGIUA (Arbeitsgemeinschaft In- und Ausländer) haben sie das Beben schmerzlich zu spüren bekommen: Während reihenweise Journalisten bei AGIUA anriefen, um sich über die Situation von Ausländern in der Stadt zu informieren, musste sich das Team um seine eigene Sicherheit kümmern: Fluchtwege im Büro freiräumen und dafür sorgen, dass niemand abends alleine im Büro sitzt oder unbegleitet nach Hause gehen muss, um vor der Bedrohung durch Rechtsextreme geschützt zu sein. Dabei begleitet der Verein eigentlich selbst Migranten und Jugendliche in rechtlichen und gesellschaftlichen Fragen und Nöten. Ihr Projekt „Comparti“ unterstützt zudem Geflüchtete, die sich im öffentlichen Leben der Stadt engagieren wollen. Und das mit Erfolg: Das Projekt wurde Mitte dieses Jahres mit dem ersten Preis des Bundesausschusses Politische Bildung ausgezeichnet – unter deutschlandweit 142 Bewerbern.

Geflüchtete wollen helfen

Ein Ortsbesuch: An der stark befahrenen Müllerstraße am Rande der Innenstadt liegt das Chemnitzer Bürgerhaus. Es ist Anlaufpunkt für Menschen mit verschiedenen Alltagsproblemen und Ausgangspunkt für neue Initiativen im Stadtteil. Im hell getünchten, flachen Hinterhaus hat der AGIUA-Verein seine Büros. Besucher begrüßt im Treppenhaus ein Plakat in sieben Sprachen: „Herzlich willkommen“. Vor zwei Jahren hat Jeanette Hilger hier begonnen, „Comparti“ aufzubauen. Nach ihrem Pädagogik-Studium mit dem Schwerpunkt Lernkulturen hatte die 29-Jährige zunächst noch ein Jahr an der Chemnitzer Universität gearbeitet, dann war sie zum Verein gekommen.

„Comparti“ kümmert sich nicht um die existenziellen Fragen von Geflüchteten nach der Ankunft in Sachsen, die sich um Wohnen und Essen, Schulen und Ärzte drehen. Das Projekt unterstützt Menschen, die schon eine Weile in Deutschland leben und sich in der Gesellschaft engagieren wollen: Da ist der Mann aus Pakistan, der sich diesen Sommer im Migrationsbeirat der Stadt einbringen möchte und sich dafür bewerben muss. Da sind junge Leute aus Afghanistan und Venezuela, die die Ortsgruppe des deutschlandweiten Verbandes „Jugendliche ohne Grenzen“ neu beleben. Und da sind Gruppen von Georgiern, Syrern und pakistanischen Christen, die ihre eigenen Vereine auf die Beine stellen. „Nach den Fragen des Ankommens entstehen die Fragen des

Fotos: Sebastian Willnow

Der Verein AGIUA e. V. in Chemnitz begleitet Migranten und Jugendliche in rechtlichen und gesellschaftlichen Fragen. Für sein Projekt „Comparti“, das Geflüchteten bei der Eingliederung hilft, erhielt AGIUA den ersten Preis des Bundesausschusses Politische Bildung. Jeanette Hilger (29), die das Projekt aufgebaut hat, sagt: „Die Menschen wollen der Gesellschaft, in der sie viel Hilfe erfahren haben, etwas zurückgegeben.“

Bleibens“, sagt Hilger. „Die Menschen wollen der Gesellschaft, in der sie viel Hilfe erfahren haben, etwas zurückgeben oder ihre eigenen Wünsche artikulieren können.“

Es sind Menschen wie Daria Szücs. Die 22-Jährige kam vor vier Jahren zum Psychologie-Studium aus Timisoara im Westen Rumäniens nach Chemnitz. „Als ich mich eingelebt und im Studium zurechtgefunden hatte, wollte ich gern ein aktiver Teil dieser Gesellschaft sein“, erzählt sie. „Ich suchte nach Möglichkeiten, mich zu engagieren.“ Über einen Flyer an der Uni stieß sie zu AGIUA und meldete sich bei Hilger. Gleich am nächsten Tag besuchte sie eine Info-Veranstaltung über die Rechte von europäischen Bürgern in Deutschland – und unterstützt seither die Arbeit von „Comparti“: Stände und Veranstaltungen organisieren, Social-Media-Kanäle bespielen, Flyer verteilen, Flüchtlinge betreuen. „Wenn man mit diesen Menschen spricht, bekommt man ein ganz anderes Bild von der Welt als im Internet“, sagt sie. „Ich habe so erst richtig schätzen gelernt, wie privilegiert ich als Bürgerin der Europäischen Union bin.“

Zusammenhalt stärken

Oft ist die Arbeit von „Comparti“ nicht leicht. Der junge Mann aus Afghanistan etwa, der die Initiative „Jugendliche ohne Grenzen“ wieder mit belebte, war monatelang von Abschiebung bedroht. Erst als er einen Ausbildungsplatz fand, durfte er bleiben. Jetzt wird er Frisör in Dresden. „Diese Ungewissheit hat uns lange belastet“, erzählt Hilger. Eine junge Frau aus Venezuela, die ein Projekt zur Spurensuche von jüdischen Menschen in Chemnitz mitgestaltet hatte, hätte aufgrund ihrer Residenzpflicht ursprünglich nicht zum Jugendgeschichtstag im Dresdner Landtag fahren können. Das Team von „Comparti“ musste etliche Telefonate führen und E-Mails schreiben. „In letzter Minute durfte sie noch mitkommen — und wir haben sogar einen Preis für unser Projekt bekommen.“ Die jungen Leute hatten Rundtouren zu Stolpersteinen über die Schicksale von Juden und jungen Menschen im Widerstand erstellt.

Die Ausschreitungen von Neonazis und Hooligans im August 2018 hätten das Leben in Chemnitz eine ganze Weile überschattet, erzählt die Projektleiterin. Geflüchtete trauten sich ab dem späten Nachmittag nicht mehr auf die Straße und überlegten, ob sie ihre Kinder noch in die Schule schicken können. Wirklich überraschend sei diese Atmosphäre aber nicht gewesen. „Wir erleben diese Grundstimmung seit den 1990er-Jahren tagtäglich“, sagt Hilger. Bei der Stadtratswahl Ende Mai bekam die AfD fast 18 Prozent und die rechte Bewegung Pro Chemnitz 7,7 Prozent. „Neonazi-Demos haben wir immer mal wieder.“ Dass die Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund einen Unterschlupf und Unterstützung in Chemnitz gefunden hatte, sei durchaus symptomatisch und kein Zufall gewesen.

Umso größer ist die Bedeutung von Projekten wie „Comparti“, hob Caren Marks, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium, bei der Preisverleihung hervor. „Die Demokratie braucht Demokratinnen und Demokraten. Menschen, die diese Werte im Alltag leben und für eine demokratische Streitkultur einstehen. Mitbürgerinnen und Mitbürger, die bei allen Unterschieden das Verbindende in den Vordergrund stellen und unseren Zusammenhalt stärken.“ Der Preis für politische Bildung stand in diesem Jahr unter dem Motto: „Wir müssen reden!“ Prämiert wurden Initiativen, die innovative Formate für die Bildungsarbeit entwickelt haben. So ging der zweite Preis an das Demokratiewerkstatt-Projekt „nur ein Viertel Heimat“ in Stolberg in Nordrhein-Westfalen. Dritter Sieger wurde die App „Diskutier mit mir“ aus Berlin, die sehr erfolgreich Menschen unterschiedlicher Anschauungen zum Meinungsaustausch zusammenbringt. Einen Sonderpreis bekam das Projekt „Rent a Jew“, das Juden ehrenamtlich als Dialogpartner vermittelt. Der „bap-Preis“ Politische Bildung wird seit 2009 alle zwei Jahre mit einem neuen Schwerpunkt ausgeschrieben. Stifter ist der Bundesausschuss Politische Bildung als deutschlandweites Bündnis von Anbietern außerschulischer Jugend- und Erwachsenenbildung zusammen mit der Bundeszentrale für politische Bildung sowie mit Unterstützung des Bundesfamilienministeriums.

Daria Szücs kam vor vier Jahren aus dem rumänischen Timisoara nach Chemnitz. Die 22-Jährige unterstützt das Projekt „Comparti“. Durch ihre Mitarbeit habe sie erst „richtig schätzen gelernt, wie privilegiert ich als EU-Bürgerin bin“, sagt die Psychologie-Studentin.

Ausgelobt wird der Preis vor allem für Projekte und Veranstaltungen, die die demokratische Kultur stützen und entwickeln, politisches Lernen kreativ fördern und wichtige Impulse für das Gemeinwesen setzen. Drei Anforderungen, die „Comparti“ erfüllt. Dabei ist Hilger mit einer 30-Stunden-Stelle, die vom Bundesinnenministerium bezahlt wird, beinahe eine Einzelkämpferin. Ihr steht lediglich ein Kollege für ein paar Stunden in der Woche zur Verfügung. Doch sie bekommt reichlich Unterstützung von einem Netzwerk aus Projektpartnern, Praktikantinnen und Praktikanten, Ehrenamtlern oder Studentinnen und Studenten wie Daria. Im März 2020 läuft die Finanzierung von „Comparti“ aus. Doch Hilger gibt so schnell nicht auf. Sie schreibt schon Anträge für Nachfolgeprojekte. „Die vielen unterschiedlichen Menschen, die sich in unserer Gesellschaft einbringen wollen, haben einen besonderen Gemeinschaftssinn“, sagt sie. „Den möchte ich gern weitertragen.“

Sven Heitkamp,
freier Journalist

Cartoon: Freimut Woessner

Ade Gymnasium!

// Der Run aufs Gymnasium hält unvermindert an. Doch ist diese Schule wirklich die beste Wahl für die Kinder? Die Autorin, selbst Gymnasiallehrerin und Mutter eines Grundschülers, hat mit Blick auf ihren Sohn begründete Zweifel. //

„Und, habt ihr schon entschieden, auf welches Gymnasium ihr Jonas schickt?“ Diese Frage höre ich, seitdem mein Sohn in der ersten Klasse ist, seit der dritten Klasse aber immer drängender und in immer kürzeren Abständen. „Ich weiß ja noch nicht einmal, ob Jonas überhaupt aufs Gymnasium gehen wird“, antworte ich ehrlich. Die folgenden Reaktionen schwanken zwischen betretenen Blicken und mitleidigem Schweigen: nicht aufs Gymnasium, oh je. Sobald sich mein Gegenüber von dem „Schock“, dass ich offenbar ein dummes Kind habe, erholt hat, folgen sogleich „tröstende“ Worte wie „Vielleicht entwickelt er sich noch?“ oder „Na, es müssen ja auch nicht alle studieren!“

Mein Sohn ist nicht dumm!

Wenn das Gespräch längst vorbei ist, spüre ich immer noch den Unmut in mir. „Mein Sohn ist nicht dumm!“, würde ich den anderen Müttern und Vätern am liebsten hinterherrufen. Im Gegenteil, ich finde ihn aufgeweckt, interessiert und clever. Aber irgendwie nicht gymnasial – jedenfalls nicht in dem Sinne wie hierzulande die Gymnasien funktionieren. Während andere Kinder in seinem Alter ein Buch nach dem anderen verschlingen, liest Jonas allenfalls Comics. Seine liebevollen Nachrichten an mich sind bunt verziert, aber mit etlichen Rechtschreibfehlern gespickt. Und während das Nachbarskind die Hausaufgaben bereits sauber und ohne Elternhilfe erledigt hat, diskutiere ich immer noch mit meinem Sohn, ob drei Zeilen als fertiger Aufsatz gelten oder nicht. Eine Stunde später sind Mutter und Kind im Gegensatz zu den Hausaufgaben erledigt, das Heft liegt verlassen auf dem Tisch („Ne, Mama, das pack ich jetzt wirklich nicht weg, das kannst du machen!“), und ich weiß genau: Auf dem Gymnasium werden die Anforderungen nicht weniger. Warum soll ich meinem Kind und mir das antun? Zumal es neben dem direkten Weg genug Parallelstraßen zum Abitur gibt wie Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe oder den Besuch eines Berufsgymnasiums nach dem mittleren Schulabschluss. Doch als wirklich gesellschaftsfähig gilt vielen Eltern offenbar nur das Gymnasium.

Bei uns in Schleswig-Holstein gibt es als Schulform nach der Grundschule nur das Gymnasium oder die Gemeinschaftsschule (teilweise mit, häufiger ohne eigene Oberstufe). Da versuchen die meisten Eltern erst einmal, ihr Kind auf einem Gymnasium unterzubringen, anstatt auf einer vermeintlichen „Resteschule“. Auch ich mache mir Gedanken, wie Jonas’ Schulleben an einer Gemeinschaftsschule aussehen könnte. Um ehrlich zu sein: In meinem Kopf wabern genug Vorurteile herum, und ich sehe Jonas vor meinem geistigen Auge nach der Schule mit falschen Freunden auf der Straße herumlungern. Und lernt mein Kind an der Gemeinschaftsschule überhaupt genug? Sollten wir ihn nicht doch lieber auf ein Gymnasium schicken und mit ein wenig Nachhilfe pushen? Aber noch größer als all diese Bedenken ist meine Sorge, dass mein Sohn von der Schule überfordert wird und ihm keine Zeit mehr zum Spielen bleibt.

Als Klassenlehrerin in der Eingangsstufe eines Gymnasiums erlebe ich immer wieder Kinder, die scheitern und dann aussortiert werden. Leider auch oft vorhersehbar, weil sie trotz schlechter Noten und Beratungsgespräch auf Elternwunsch bei uns angemeldet wurden. Für diese Kinder ist es ein langer Kampf, und am Ende bleibt oft das ungute Gefühl, versagt zu haben. An der neuen Schule müssen die Kolleginnen und Kollegen dann als erstes „Aufbauarbeit“ leisten, damit die Kinder wieder Selbstvertrauen in ihre Fähigkeiten gewinnen.

Mein Mann und ich haben uns jedenfalls fest vorgenommen, uns bei der Schulwahl für Jonas nicht verrückt machen zu lassen. Bis dahin genieße ich die Grundschulzeit und lächle lästige Fragen einfach weg: alles zu seiner Zeit!

Martina Hagemann,
freie Autorin und Gymnasiallehrerin

Primat des Pädagogischen

// Die GEW hat genaue Vorstellungen, wie die 5,5 Milliarden Euro aus dem Digitalpakt einzusetzen sind. Politikerinnen und Politiker in Bund und Ländern melden sich ebenfalls mit Forderungen zu Wort. Mit diesem Beitrag startet E&W eine Serie, in der wir untersuchen, wie der Digitalpakt in den Ländern umgesetzt wird. //

Welche Kriterien müssen die Träger öffentlicher Schulen und privater Ersatzschulen erfüllen, damit sie Gelder für Tablets, WLAN und IT-Administration beantragen können? Dazu erarbeiten die Bundesländer derzeit Förderrichtlinien.

Die GEW verlangt: Lehren und Lernen muss „dem Primat des Pädagogischen folgen". Die IT ist lediglich Hilfsmittel. Jede Schule sollte ausreichend Zeit erhalten, um ein Konzept zur Nutzung der digitalen Medien zu entwickeln. Nötig sind „ausreichende Fortbildungsangebote", außerdem zeitliche Ressourcen, um die Konzepte umzusetzen. Personalräte bestimmen mit – beim Formulieren und Umsetzen der Förderrichtlinien, bei der Einführung von IT-Technik und beim Datenschutz. Die Schulträger müssen in die Lage versetzt werden, die Schulen langfristig mit pädagogisch sinnvoller und leistungsfähiger IT auszustatten. Dies gilt insbesondere für den Kauf digitaler Endgeräte, die nach wenigen Jahren veraltet sind. Für Lernplattformen, IT-Geräte und Software sind Mindeststandards beim Datenschutz festzulegen und einzuhalten. Kümmern sich Lehrkräfte um Hard- und Software, ist ihr Unterrichtspensum entsprechend zu reduzieren. Die GEW plädiert dafür, in jedem Bundesland eine einheitliche Cloudlösung zu schaffen. Kommunikations- und Lernplattformen müssen in „öffentlicher Hand" betrieben werden. Es gilt zu verhindern, dass individuelle Daten von Nutzern umfassend gesammelt und analysiert werden, um personenbezogene Lernsoftware-Angebote („learning analytics") zu schaffen. Arbeitsschutzgesetze sind einzuhalten. Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte haben ein Recht auf „Nicht-Erreichbarkeit". Nicht zuletzt ist wissenschaftlich zu begleiten, welche Erfahrungen Schulen mit digitaler Technik machen, damit Bildungsverantwortliche und Schulen auf Fehlentwicklungen reagieren können.

Foto: dpa

Alexander Lorz (CDU)

Foto: dpa

Ernst Dieter Rossmann (SPD)

Foto: Tobias Koch

Tankred Schipanski (CDU)

Foto: imago images/Christian Schroedter

Monika Hohmann (Die Linke)

Foto: Lena Lux Fotografie & Bildjournalismus

Sandra Boser (Grüne)

Alexander Lorz (CDU), Hessens Kultusminister und derzeit Präsident der Kultusministerkonferenz, erklärt laut Presseberichten: Die Mittel aus dem Digitalpakt reichten nicht aus. Ein „Digitalpakt II oder Ähnliches" müsse folgen. Die Digitalisierung von Schule sei eine Daueraufgabe. Ernst Dieter Rossmann, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, plädiert dafür, dass Lehrkräfte bei Wartung und Pflege der IT „deutlich entlastet" werden. Rossmann möchte, dass der Bund gemeinsam mit Ländern, Kommunen und Schulen Forschungsprogramme entwickelt, um Konzepte für den Datenschutz und die Pädagogik zu entwickeln. Tankred Schipanski, digitalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, schreibt: Er könne die Forderungen der GEW „weitgehend unterstützen". Auch er plädiert für das „Primat des Pädagogischen" und eine Weiterentwicklung der Lehrkräfteaus- und fortbildung. Die Mittel aus dem Digitalpakt sollten nicht dazu dienen, Anzeigegeräte und Präsentationstechnik „umfassend" zu finanzieren. Vorrangig sei der „Aufbau der IT-Infrastrukturen, Serverlösungen und Cloud-Strukturen". Monika Hohmann, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Landtag von Sachsen-Anhalt, plädiert für eine technische Ausstattung, die „auf offenen Standards beruht". Die IT-Struktur sollte „gemeinsam mit den Schulen" und „auf Grundlage ihrer Praxiserfahrungen" entwickelt werden. Sandra Boser von Bündnis 90/Die Grünen, bildungspolitische Sprecherin ihrer Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, fordert eine „wissenschaftliche Unterfütterung und eine dauerhafte technische und didaktische Begleitung". Boser schlägt zudem vor, dass das Land Baden-Württemberg Handreichungen für den Datenschutz an Schulen entwickelt. Die Berliner Digitalunternehmerin Verena Pausder erklärt: „Top Priorität" müsse die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften erhalten. Nötig sei „ein zentrales Portal", das „Transparenz über Angebot und Qualität existierender Lehrerfortbildungen" schaffe.

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

Ein tägliches Massaker

Das Bildungs- und Förderungswerk der GEW unterstützt die Stiftung „fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit“.

// **Weltweit sind mehr als 820 Millionen Menschen unterernährt, jährlich sterben nach Schätzungen der Kinderhilfsorganisation der Vereinten Nationen, UNICEF, mehr als drei Millionen Kinder an Mangel- und Unterernährung. Dabei werden genügend Nahrungsmittel produziert.** //

Foto: imago images/epd

Hungerkatastrophen sind nicht nur die Folge von Dürreperioden oder Kriegen. Der Landraub durch internationale Konzerne und Börsenspekulation auf Grundnahrungsmittel sind weitere Gründe für die Ausbreitung des Hungers auf dieser Welt.

Dienstag, 23. Juli 2019, im großen Konferenzsaal No. XI im Genfer Völkerbundpalast: Es war ein schrecklicher Tag für die Vereinten Nationen, ein Tag der Niederlage. Die höchsten Verantwortlichen all jener Spezialorganisationen der UNO, die mit dem Kampf gegen den weltweiten Hunger betraut sind, mussten sich vor den Botschaftern und Botschafterinnen sowie den Vertretern der internationalen Zivilgesellschaft rechtfertigen. Der Hunger in der Welt steigt. Und dies auf einem Planeten, der vor Reichtum überquillt.

Im Konferenzsaal saßen die Direktoren und Direktorinnen der FAO (Food and Agricultural Organization), der WHO (Weltgesundheitsorganisation), der UNICEF (UNO-Kinderhilfswerk), des Welternährungsprogramms, der FIDA (Internationale Föderation für die Entwicklung der Landwirtschaft). Sie stellten den kiloschweren jährlichen Bericht „Die Lage der Ernährungssicherheit in der Welt“ vor.

In der Entwicklungsagenda 2030 der UNO steht der Hunger ganz oben. Artikel 1 heißt: „Eliminate hunger“ (den Hunger eliminieren). Nachdem der Hunger jedoch in absoluten Opferzahlen in den vergangenen Jahren stabilisiert oder sogar teilweise zurückgedrängt worden ist, sind es heute wieder über 820 Millionen Menschen, die an permanenter schwerster Unterernährung leiden. Das sind 11 Prozent der Weltbevölkerung. Im subsaharischen Afrika, das großartige, uralte Bauern-Kulturen und Millionen Hektar fruchtbaren Bodens besitzt, leidet über ein Fünftel der Bevölkerung an den Tod bringenden Mangelkrankheiten Kwashiorkor, Noma oder schwerster Unter- und Mangelernährung. Unterernährung ist durch eine unzureichende Kalorienzufuhr, Mangelernährung durch das Fehlen von Vitaminen und Mineralnährstoffen gekennzeichnet. Hunger ist ein einfaches Phänomen: Der Mensch arbeitet, redet, denkt, durchmisst Räume etc. und verbraucht dabei Energie. Diese muss regelmäßig durch flüssige oder feste Nahrung ersetzt werden. Die Messeinheit für Nahrungsmittelzufuhr heißt: Kalorie. Ein erwachsener Mensch in gemäßigtem Klima braucht etwa 2.200 Kalorien pro Tag.

In Uganda stieg der Prozentsatz der Hungernden von 24 auf 44 der Bevölkerung. Der zweitgrößte Kupferproduzent der Welt, Sambia, hat ebenfalls 46 Prozent von Hunger geplagte Menschen. Nigeria ist der größte Erdölproduzent Afrikas. In diesem überreichen Riesenland hat sich die Zahl der Hungernden verdoppelt. In Madagaskar ist ihr Anteil an der Bevölkerung von 35 auf 44 Prozent gestiegen.

Warum dieser Schrecken? Klimakatastrophen (Dürre, Orkane), jahrelange Kriege (im Darfour, im Südsudan, am Horn von Afrika, im Sahel) sind evidente Gründe. Aber ebenso verheerend sind die Folgen des Landraubes. 2018 sind 41 Millionen Hektar afrikanischen Agrarlandes von Hedgefonds und internationalen Großbanken vereinnahmt worden; die erdrückende Auslandsschuld der ärmsten Länder der südlichen Hemisphäre, die Börsenspekulation auf Grundnahrungsmittel, die die Weltmarktpreise in die Höhe treibt und für die vom Import abhängigen Entwicklungsländer den notwendigen Nahrungsmittelaufkauf auf dem Weltmarkt erschwert oder gar unmöglich macht, sind weitere Gründe.

Fazit: Das tägliche Massaker des Hungers ist der absolute Skandal unserer Zeit. Hunger ist menschengemacht und könnte morgen durch einige radikale Reformen aus der Welt geschafft werden: Verbot der Börsenspekulation auf Reis, Getreide und Mais; Total-Entschuldung der ärmsten Länder, Verbot des Landraubes. Für diese Radikal-Reformen müssen wir kämpfen. Denn was uns von den Opfern trennt, ist nur der Zufall der Geburt.

Jean Ziegler,
von 2000 bis 2008 erster UNO-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung

Jean Ziegler: „Was ist so schlimm am Kapitalismus? Antworten auf die Fragen meiner Enkelin“, Verlag C. Bertelsmann 2019

Vorbild Kita-Pädagogik

(E&W 6/2019, Seite 25: „Lesen = Teilhabe“)

Über diesen Satz der GEW-Vorsitzenden Marlis Tepe bin ich gestolpert: „Sprachförderung (muss) in der Kita beginnen.“ Das klingt, als ob die Bildung der Sprache kleiner Kinder bisher nicht geleistet wurde und nun gezielt angegangen werden sollte.

Dass die Kita bei allen Aktivitäten, die sie mit Kindern unternimmt, immer schon Sprache fördert und bildet – freilich ganzheitlich und nicht als vom Kita-Alltag getrennte Übung, scheint nicht bewusst zu sein.

Sprachliche Bildung gelingt auch nur mit guten Personal-Kind-Relationen, sodass jedes Kind stets eine Fachkraft als empathische Ansprechpartnerin hat, den Rest bewirken die Kinder in gegenseitigen Interaktionen quasi beiläufig. Von solchen Personalschlüsseln sind wir leider noch Lichtjahre entfernt, und so kann die Kindergartenpädagogik ihre sprachbildende Kompetenz eben nur bedingt einbringen. Zusätzliche Ressourcen benötigen Kitas für Migrantenkinder, die in zwei Sprachen zu Hause sein sollten. Das bedeutet, weiterhin für diese Ziele mit allen gewerkschaftlichen Mitteln kämpfen. Hüten müssen sich Kitas allerdings vor Forderungen, schulische Formen des Lernens vorwegzunehmen, umgekehrt sollte sich die Grundschule von der ganzheitlichen Kindergartenpädagogik eine dicke Scheibe abschneiden.

Günther Schedel-Gschwendtner, Nürnberg

Primat der Wirtschaft

(E&W 7-8/2019, Schwerpunktthema „Demokratiebildung“)

Gespannt schlug ich das E&W-Themenheft „Demokratiebildung“ auf, da ich mir schon lange über die Rolle der politischen Bildung angesichts zunehmender Ignoranz und Verachtung gegenüber den Inhalten und Werten unseres Grundgesetzes Sorgen und Gedanken mache.

Leider stellte ich dann fest, dass „mein“ Anliegen zu dieser Thematik fast gar nicht vorkommt: So richtig es ist, über das Einüben von Demokratie in Kitas und Grundschulen zu räsonieren, hätte ich doch erwartet, dass man sich der Thematik auch über die Curricula für politische Bildung im Sekundarbereich nähert.

Hätte man das getan, hätte man nämlich festgestellt, wie wenig Raum es in den aktuellen Curricula für die Vermittlung und Reflexion zentraler Aspekte des politischen Willensbildungsprozesses überhaupt gibt. Stattdessen haben über die Jahre zunehmend wirtschaftliche Inhalte die politischen und übrigens auch die sozialen Themen verdrängt.

In Niedersachsen, wo ich unterrichte, wurde das Fach „Politik“ vor rund 15 >>>

Jahren – ohne Rückfrage oder -sprache mit uns Fachkolleginnen und -kollegen – plötzlich in „Politik-Wirtschaft“ umbenannt, und so das Primat der Politik über die Wirtschaft auch ganz massiv durch die Inhalte der neuen Curricula aufgebrochen. So ist beispielsweise jetzt das gesamte demokratische System (Demokratieprinzipien, Wahlen, Gesetzgebung, Rolle der Medien, Grundrechte, etc.) in einem einzigen Halbjahr abzuhandeln. In anderen Bundesländern ist die Situation nach meiner Kenntnis in der Regel keineswegs besser. Dabei ist es inzwischen sogar bei einigen Politikern durchgesickert, dass zumindest ein Aspekt des bedrückenden gesellschaftlichen Rechtsrucks die häufig völlig fehlenden Kenntnisse über unser demokratisches System ist. Was man nicht kennt, kann man nicht wertschätzen.

Daher: Die Curricula für politische Bildung müssen schleunigst evaluiert und reformiert, der Vermittlung demokratischer Werte in der Schule deutlich mehr Raum und Zeit eingeräumt werden. Schade, dass dieser zentrale Aspekt im Themenheft „Demokratiebildung“ nicht vorkommt.

Rainer Schams, Hameln

Anm. d. Red.: siehe E&W-Schwerpunktheft „Politische Bildung“ (Ausgabe 4/2018), in dem viele der vermissten Aspekte aufgearbeitet worden sind.

„Ohnmächtig“

Wie ohnmächtig wirkt die „Demokratiebildung“ gegenüber den sogenannten Wertschöpfungen im globalen Finanzkapitalismus? Hinterlassen nicht Verbandslobbyisten, Finanzspekulanten, Medienclowns und Wirtschaftskriminelle in Kriegen der Reichen gegen die Armen eine Welt voller Waffen und Schulden, Gifte und Drogen? Wie könnten dagegen Schulkinder „demokratisch mitbestimmen“?

Wie wäre es erst einmal mit einem „Pflichtmodul“ für saubere Schultoiletten (E&W 7-8/2019, Seite 10 f.)?

Hagen Weiler, Göttingen

Neoliberaler Begriff

(E&W 7-8/2019, Seite 4: „Maike Finnern neue GEW-Chefin in NRW“ und E&W 12/2018, Seite 45, Leserforum: „Auf Wortwahl achten“)

Nicht dass ich mir eingebildet hätte, dass meine Einwendungen gegen den Gebrauch der Begriffe „Chef – Chefin“ in Gewerkschaftszusammenhängen in irgendeiner Form Wirkung zeigten. Die Wahl (!) einer Kollegin – hier Maike Finnern in Nordrhein-Westfalen zur Landesvorsitzenden –, die erneut wie selbstverständlich als „GEW-Chefin“ bezeichnet wird, beweist mir nur, wie verfestigt die neoliberale Schreibe auch in der Gewerkschaftspresse ist. Ersparen wir uns auch weiterhin eine von der Mainstream-Presse abweichende Diktion.

Herbert Wolf, Speyer

Traxler sei Dank

(E&W 7-8/2019, Seite 27: „Unsterblich – wie die Stones“)

Prima, dass die E&W ihren alten Zeichner Hans Traxler würdigt. Besonders gelobt wird die bekannte Zeichnung mit den unterschiedlichen Tieren, die alle auf einen Baum klettern sollen. In der GEW und in Pädagogen-Kreisen war diese Zeichnung sehr beliebt, wohl wegen der veranschaulichten Heterogenität und der ungerechten Leistungsmessung. Die Zeichnung selbst war Traxler eher peinlich; er fand sie reaktionär, sinister und dumpf. Da sie die Menschen biologisch klassifiziert und ihnen gleiche Anlagen abspricht (nachzulesen in einem Traxler-Text in „Der Rabe“ 36/1993). Unterschiedliche Tiere mit ihren Körpern, Eigenschaften und Fähigkeiten sind eben nicht einfach auf die Menschenwelt übertragbar. Dennoch ... die Karikatur ist künstlerisch genial.

Traxler sei Dank!

Gerd Striebinger, Brunsbüttel

Training für die Bauchmuskeln

Der gelungene Cartoon von Thomas Plaßmann sowie der persönliche Bericht von Ulf Rödde bedürfen noch einer Ergänzung: Der Kultspruch, der auf ewig Eingang in die philosophischen Annalen unserer Kultur- und Wertegemeinschaft gefunden hat – Bildung ohne seine Kenntnis wäre nur eine halbe –, stammt von dem Ende vergangenen Jahres verstorbenen F. W. Bernstein, Mitbegründer der Neuen Frankfurter Schule.

Hans Traxler schuf die dazugehörige Zeichnung. Das „Museum für komische Kunst – Caricatura“ in Frankfurt am Main richtete anlässlich seines 90. Geburtstages eine umfangreiche Einzelausstellung aus. Vor dem Eingang, in Bronze gegossen, der Elch im schweren Mantel, den Kragen hochgeschlagen. Der jederzeit empfehlenswerte Besuch trainiert die Bauchmuskeln!

Übrigens denke ich bei der Lektüre des ein oder anderen Artikels in E&W an ein großes Schild mit dem Zitat, in der Redaktionsstube angebracht: Die schärfsten Kritiker der Elche waren früher selber welche.

Regina Groening, Berlin

Horrorversion: Leistung lieben

(E&W 7-8/2019, Seite 32 f.: „Lachend lernen“)

Als hätte es nie reformpädagogische Kritik an „Leistung“ gegeben belobhudelt der Glückwunschbericht zum Deutschen Schulpreis 2019 die ausgezeichnete Schule in Hamm. In der „armen“ Schule sollen Menschen „Lachend Leistung lieben lernen“. Der einzig beglückwünschenswerte Erfolg scheint mir das gelungene an Land ziehen des Preisgelds, denn es bedurfte mutmaßlich spitzenmäßiger Bewerbungslyrik.

Ich kenne die Akteure und Umstände nicht – kritisiere gleichwohl aufgrund des Berichts das unterkomplexe Funktionieren von Menschen und Institution für gegenwärtig gesellschaftlich verkündete Ziele. Die Zitate sprechen für eine umfassend angewandte repressive Toleranz: Mit wenigen Ressourcen und bei räumlicher Enge würden mit Projektphasen die „klaren Leistungserwartungen“ erfüllt. Pervertieren möglicherweise Schulgemeinde und der Klassenrat ihre eigenen Ideale, falls sie ausblenden, dass beispielsweise das Vorlesen von „Lobbriefen“ auch persönlichkeitsverletzende Sozialkontrolle sein könnte. Wie „gegenseitig wertschätzen“ gelingen kann, wenn von Bedürfnissen und Möglichkeiten der Subjekte keine Rede ist, dafür aber „Einbindung“ und „Zusammenhalt“ „das Besondere an ihrer Schule“ sei, wird mir nur als Satire klarer. Die Schilderung der E&W-Redaktion

gerät zur optimalen Systemlobeshymne, weil ohne eine klitzekleine Anregung zum Nachdenken – wollen wir alle vielleicht auch Zukunftsfähigeres lernen, als für die derzeit Stiftungsgelder gütig verteilenden Institutionen exzellente (auch ein Wort des autoritär verordnenden Leistungsdenkens) Vorbilder zu sein? Ich hoffe inständig, dass die 225 Schülerinnen und Schüler sowie die 41 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter herzhaft und frei lachen können.

Georg Fischer, Schefflenz

Profitinteressen

(E&W 7-8/2019, Seite 34 f.: „Schulschwänzen mit Elternsegen“)

Die Aspekte, die in dem Artikel benannt werden, sind interessant, gerade das Aufzeigen des Widerspruchs von Beklagen des Schulausfalls und des elterlichen Handelns, die Ferienzeit vorzuziehen. Eine Ebene, die nicht betrachtet wird, ist die Frage, wie es sein kann, dass sich die Frage zwischen Erholung und Bildung überhaupt stellt. Wieso werden Familien durch eine Preisgestaltung dazu genötigt, ein früheres Beenden des Schuljahres in Erwägung zu ziehen? Dies bedeutet natürlich, die Rolle von Kindern und deren Recht auf Erholung zu hinterfragen, genauso wie die Profitinteressen der Urlaubsindustrie. Da gibt es keine einfachen Antworten, dafür aber Ansätze, die die Frage nach dem „Schwänzen“ nachhaltig lösen können.

Lennart Pohl, Bremen

Soziale Errungenschaft

Die allgemeine Schulpflicht in Deutschland war, ist und bleibt eine soziale Errungenschaft. Diese zu schützen, garantiert vielen den durch nichts zu ersetzenden Zugang zur eigenen Bildung – kurzum es ist ein hohes, schützenswertes Gut. Dass es Erziehungsberechtige gibt, die damit bisweilen schludrig umgehen, ist nicht neu.

Als ehemaliger Hauptschul- und späterer Realschulrektor habe ich Befreiungen von der Schulpflicht unmittelbar vor und nach den Ferien klar und eindeutig gehandhabt: Ohne triftigen Grund lief nix. Da ich auch Schulen mit einem hohen Anteil von Migrantinnen und Migranten leitete, machte ich mehrfach die Erfahrung, dass gerade in den Sommerferien versucht wurde, Besuche im Herkunftsland der Eltern/Großeltern über die Ferien hinaus zu verlängern – auch wegen preiswerterer Flüge.

Langfristig halfen hier Klarheit und Transparenz sowie rechtzeitige Information der Erziehungsberechtigten über die Regularien. Dazu gehörte, dass bei Fehlzeiten rund um die Ferien ein ärztliches Attest vorzulegen war.

Wurde dennoch geschwänzt, ging die Angelegenheit an die Schulaufsicht, die (zum Teil hohe) Bußgelder festsetzte.

Aber – dies gehört zur Leitungs- und Lebenserfahrung dazu – es gibt immer auch Situationen, die sich schwerlich genau kategorisieren lassen. So wurde Eltern eine Möglichkeit offen gelassen: Einmal

>>>

STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

Weihnachtsreise nach Masuren und Danzig

Mit der MS CLASSIC LADY unterwegs

7-tägige Schiffsreise vom 22.12.-28.12.2019

ab € 950,-
p. P. im DZ
EZ-Zuschlag ab € 90,- p. P.

Den Auftakt Ihrer Reise bildet die polnische Hauptstadt. Danach erwartet Sie in Masuren die Besatzung der MS CLASSIC LADY zu einem stimmungsvollen Weihnachtsfest in der winterlichen Seenlandschaft. An Bord erleben Sie den Heiligen Abend und lernen dabei alte polnische Weihnachtsbräuche kennen. Tauchen Sie ein in das außergewöhnliche Naturerlebnis, das Masuren im Winter bietet, und genießen Sie die Ruhe und Beschaulichkeit im Land der tausend Seen.

Das beinhaltet unsere Reise

- 1 x Übernachtung in Warschau im zentralen 4-Sterne Hotel
- 3 x Übernachtung auf dem Schiff
- 2 x Übernachtung in Danzig im zentralen 4-Sterne Hotel
- 6 x Halbpension (Frühstück und Abendessen)
- 2 x Mittagessen in Masuren (davon 1 x aus dem Biwak-Topf)
- Transfers und Ausflüge mit örtlichem Reisebus ab Warschau bis Danzig
- örtliche Reiseleitung ab Warschau bis Danzig
- Eintritte und Besichtigungen laut Programm

Wunschleistungen

Ausflug (nur vor Reiseantritt buchbar)

- Oliva und Zoppot 28,- € p. P.

An- und Abreise

- Fluganreise mit LOT oder LH von Düsseldorf, Frankfurt/Main oder München nach Warschau und zurück ab Danzig (inkl. bekannter Steuern, Gebühren und Kerosinzuschlag, Stand 08/19) 340,- € p. P.
- Bahnanreise von Berlin nach Warschau und zurück ab Danzig (2. Klasse) 150,- € p. P.

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen

Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0

Veranstalter: ts|medialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

>>> in der Zeit vom 5. bis zum 10. Schuljahr durften Ferien auch bei nicht genau treffender Begründung geringfügig verlängert werden. Und siehe da: Gerade diese Regelung wurde nicht ausgenutzt.
Eines war auch wichtig: Die Kolleginnen und Kollegen dürfen mit diesem Thema nicht alleine gelassen werden. Bei Anträgen zur Schulpflicht-Befreiung von mehr als einem Tag und/oder vor und nach den Ferien wurde die Angelegenheit zur Chefsache erklärt. Im intensiven Austausch mit den Klassenleitungen wurde eine Entscheidung vorbereitet und realisiert. Dieses Vorgehen zeigte den Erziehungsberechtigten, wie hoch das Gut „Schulpflicht“ bei uns angesehen war und in der Praxis gelebt wurde.
Andreas Kuhlmann, Lage

Schamloser Affront?

(E&W 9/2019, Seite 44, Leserforum: „Sensible GEW-Geschichte“)

Das waren heftige Anwürfe, mit denen Mitglieder des GEW-Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten Gesinnung und Empfindungen ausdrückten. Bereits ihr Vokabular signalisierte Empörung. Es reichte von „Affront“ und „schamlos“ bis „unfassbare Unkenntnis“. Aufgebracht hatte sie ein in der Ausgabe 5/2019, S. 36, der E&W veröffentlichtes Interview, in dem auf ein dreibändiges Werk mit „Täterprofilen“ der Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen in der NS-Zeit hingewiesen wurde. Unter der Überschrift „Kein ruhmreiches Kapitel“ hatte der Autor der „Täterprofile“, GEW-Kollege Hans-Peter de Lorent, in E&W die Gelegenheit erhalten, auf sein Werk und die Motive seiner Arbeit hinzuweisen sowie „andere zu ermutigen“, die Verstrickungen von Lehrkräften in der NS-Zeit zu erforschen. Haben sich die Leserbriefschreiber auch nur eine der in den genannten Bänden nachzulesenden 180 Täter-Biografien unvoreingenommen angesehen?
Mein Eindruck ist, dass es in dem Leserbrief nicht um konkrete Kritik ging, sondern um Schmähung. Ob es sich hier um Nachwirkungen des Streits um den ehemaligen GEW-Vorsitzenden Max Traeger handelt, wäre zu klären. Jedenfalls wird in dem Leserbrief zuerst die Person de Lorent abqualifiziert. Der sei eitel und suggeriere, er wäre der „einzige, der momentan Geschichtsaufarbeitung in der GEW“ betreibe. Außerdem wäre er bloß ein „Hobby“-Historiker. Er blase seine „Hobbytätigkeit“ zu einem einzigartigen Projekt auf und verschweige absichtlich, dass in der GEW noch andere Projektgruppen tätig seien. Wenn die Kritiker in de Lorents zahlreiche fundierte Werke unter anderem zur Schulgeschichte auch nur flüchtig hineingeschaut hätten, würden sie bereits die Fußnoten eines Besseren belehrt haben. Besonders empört gaben sich die Kritiker wegen der zehn Zeilen des Interviews (sechs Zeilen Frage, vier zur Antwort), die Walter Bärsch betreffen, einen Hamburger Lehrer, Oberschulrat, Professor und GEW-Funktionär, bei dem bis zu dessen Tod 1996 unbekannt blieb, dass er vor 1945 NSDAP- und SS-Mitglied war. Gründlich erforscht und bekanntgemacht hatte (auch) dies de Lorent. Das übergehen die Kritiker, denen erscheint es passender, von einer „unfassbaren Unkenntnis über die Person Bärschs“ zu bramarbasieren. Dazu verlangen sie, dass in dem (Kurz-)Interview über rund 180 Täterprofile außer über Bärschs NS-Vergangenheit auch über dessen (angeblich) „hinlänglich bekannte“ Verstrickung in Pädophilie verharmlosende Diskurse und ähnliches hätte gesprochen werden müssen. Ein letzter Höhepunkt der Künste der Kritiker zeigt sich in deren eigentlich zutreffender Formulierung: „Wer den NS und die Shoa mit ‚Fehlern‘ beschreibt, hat entweder nicht verstanden, welche Gräueltaten die Deutschen verübt haben, oder möchte diese relativieren, um so die Schuld von den Täterinnen und Tätern zu nehmen.“ Hässlich und absurd ist nur, dass sie damit suggerieren, Völkermord und Faschismus wären in dem Interview oder dem Werk de Lorents als bloße Fehler abgehandelt worden.
So dürfen wir in der GEW nicht miteinander streiten. Nachlesen lässt sich de Lorents „Täterprofil Walter Bärsch“ unter anderem kostenfrei im Internet: bit.ly/lorent-taeterprofile2-pdf
Jörg Berlin, Hamburg

Vorbildfunktion

(E&W 9/2019, Schwerpunktthema „Sanierungsstau in Bildungseinrichtungen“)

Durch Gespräche gewinne ich den Eindruck, dass die (wirklich existenzbedrohende) Klimaproblematik auch unter vielen Kollegen zu einer Glaubensfrage „erhoben“ wird, abgehoben von wissenschaftlicher Erkenntnis; das ist erschreckend. Wie sonst kann es sein, dass in unserer Umgebung recht widerspruchslos Gebäudesanierungen durchgeführt werden, bei denen Nachhaltigkeitsaspekte wenig Berücksichtigung finden und nicht eingefordert werden. Große Dachflächen – auch von Neubauten – tragen keine Photovoltaik-Anlagen, Regenwassernutzung fehlt, energetische Sanierungen werden auf der Prioritätenliste auf hintere Plätze verwiesen. Anpassungen an die heißen Sommer: Fehlanzeige. In einem Neubau (wie im Altbau) an unserer Schule wurden diesen Sommer in (verschatteten) Räumen zur Unterrichtszeit über 30 Grad gemessen. Auch die GEW sollte aus dem Dornröschenschlaf erwachen und sich weit vehementer für das „Wissen“ (wie Wissenschaft) einsetzen, das sie sich in den Namen geschrieben hat, und konsequente Umsetzung einfordern. Wir Lehrer haben eine hohe öffentliche Wahrnehmung, die wir viel stärker in die Waagschale werfen sollten. Die Brisanz haben unsere Schüler viel schneller erkannt und – hoffentlich wirksam – in die Öffentlichkeit gebracht.
Christian Steinbach, Gießen

Anm. d. Red.: s. Schwerpunkt „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in dieser E&W-Ausgabe, der sich unter anderem mit dem Thema „energetische Sanierung von Gebäuden“ auseinandersetzt.

E&W-Briefkasten
Postanschrift der Redaktion:
Gewerkschaft Erziehung
und Wissenschaft
Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.
E-Mail: katja.wenzel@gew.de
Die Redaktion bittet darum, die Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 2.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.

Seit 1966
Friesland Charter
Gruppenfahrten auf traditionellen Segelschiffen
Auf IJsselmeer und Binnengewässer
8 bis 60 Personen
• Klassenfahrten
• Wochenendarrangements
Familie Koopmans
De Slinke 19, NL 9011 WV Jirnsum
Ruf 0031-566-631604
An Bord 0031-6-50681864
E-mail: info@frieslandcharter.nl
Internet: www.frieslandcharter.nl
Klipper DE HOOP****

Insel Rügen: Ferienwohnungen in Putbus für 2 bis 4 Personen: ruhig, sonnig, Natur pur; **Tel. 038301 60289**, **www.ferienhaus-sonneninsel-ruegen.de**

Klassenfahrten London
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Skilanglaufreisen nach Skandinavien
www.die-vagabunden.de
☎ 0 43 52 - 95 68 695

Berlin-Klassenfahrten
030 / 29 77 83 0
BERLIN UNLIMITED
Städtereisen International
4 Tage „Mittenmang – ein Streifzug durch Berlin“ ab 89,00 € p.P.
inkl. 3 x Ü/F, Stadtrundfahrt und Currywurst, Spreebootstour, "Unterwegs in Berlin" – junge Berliner zeigen Ihre Stadt
5 Tage „Grenzgänger“ ab 105,00 € p.P.
inkl. 4 x Ü/F, geführte Mauertour, Mauermuseum „Haus am Checkpoint Charlie", DDR-Museum, Führung durch das ehemalige Stasigefängnis
Telefon: 030 / 29 77 83 0
info@berlinunlimited.com
www.berlinunlimited.com

Auf die Plätze, fertig, Wasser!

arche noVa
Initiative für Menschen in Not
Spendenlauf mit arche noVa
Jetzt organisieren!
Checkliste zum Runterladen:
www.arche-nova.org/spendenlauf

www.schulorganisation.com
Dokumentation
Organisation
Rechtssicherheit
✆ 02521 29905-10
F&L SCHULORGANISATION
Verlage Flöttmann & Langenkämper

Ihre Anzeige in der E&W:
- Eine klare Zielgruppe erreichen
- Auflagenhöhe von über 270.000
- Zielgerichtet erfolgreich werben
- Attraktives Umfeld für Ihre Werbung

Kontaktieren Sie uns!
0201/84300-0 · anzeigen@stamm.de

• Berlin – Stadtführungen
• Schülertouren mit dem Rad, zu Fuß, im Bus
030-21805214
TRAVEL SITE
www.travelxsite.de

TOSCANA
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

Klassenfahrten Versailles
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Andalusien
Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung.
Für Wanderer ein Paradies.
T: 05171/16343 **www.la-ruca.de**

NATÜRLICH SCHENKEN.
Spenden Sie das schönste Geschenk – ein Stück Natur.

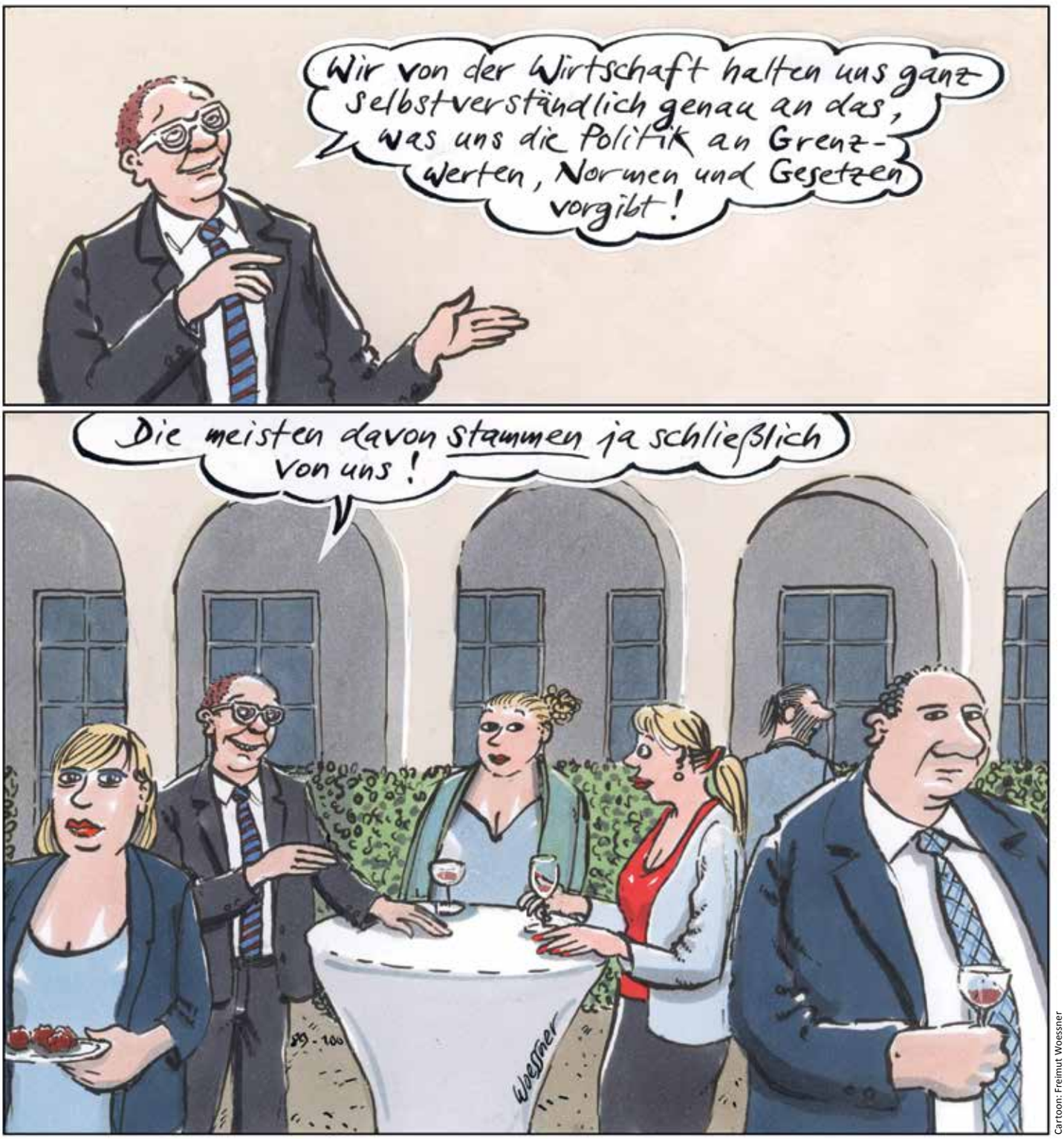
Rüdiger Kaminski
Sie haben bald Geburtstag oder feiern ein Fest? Sie lieben die Natur? Dann bitten Sie Ihre Freunde und Familie um ein ganz besonderes Geschenk: Spenden für den NABU.
NABU • Charitéstr. 3 • 10117 Berlin
Spenderbetreuung: Tel. 030.28 49 84-15 60
E-Mail: spenden@NABU.de • www.NABU.de
NABU

Wir kämpfen für Müllvermeidung und Recycling.
Bitte unterstützen Sie uns als Fördermitglied!
Deutsche Umwelthilfe e.V. | Fritz-Reichle-Ring 4
Tel. 07732 9995-0 | info@duh.de | l.duh.de/foerdern
DZI Spenden-Siegel

schulfahrt.de Klasse Reisen.
Klasse Reisen. Weltweit.
Klassen-Abschlussfahrt ... wir machen das!
Günstig und direkt buchen, viele **Superspartermine**, Freiplätze nach Wunsch

z. B. **Duinrell**
5 Tage inkl. Prog., Stadtführung, Ausflügen
ab **174,– €**
Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2
01744 Dippoldiswalde
Jetzt anrufen:
Tel.: 0 35 04/64 33-0
Fax: 0 35 04/64 33-77 19
Alle aktuellen Reisen auf www.schulfahrt.de

Diesmal



Cartoon: Freimut Woessner